



SPD FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

KOMMUNALES
WAHLPROGRAMM
2016 – 2021

FÜR DIE BEZIRKSWAHLEN
IN FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

Beschlossen
am 30. Mai 2016

Inhalt

Vorwort

Wir können es besser: Verantwortung übernehmen!3

Haushalt & Verwaltung

Stabile Bezirksfinanzen und eine leistungsfähige, bürgernahe Verwaltung5

Mieten

Soziale Mischung statt Verdrängung7

Stadtentwicklung und öffentliche Ordnung

Für einen sicheren und lebenswerten Bezirk11

Kitas

Gute Bildung von Anfang an13

Schulen

Gemeinsam besser lernen15

Integration

Die Zukunft gemeinsam mit neuen Nachbar*innen gestalten19

Verkehr

Mobilität für alle24

Arbeit

Gute Arbeit zu fairen Löhnen29

Familien, Kinder, Jugend, Senior*innen

Zusammenhalt in allen Lebensphasen33

Gleichstellung

Gleichstellung durchsetzen für Frauen35

Gesundheit, Soziales & Inklusion

Solidarisch und gesund Leben37

Kultur

Kultur, die Brücken baut41

Sport

Miteinander stark durch Sport44

Kampf gegen Rechts

Strategien gegen Rechts in einem Bezirk der Vielfalt46

Wirtschaft

Nachhaltige Wirtschaft und stadtverträglicher Tourismus48

Impressum

Harald Georgii

SPD Friedrichshain-Kreuzberg

Wilhelmstrasse 140

10963 Berlin

☎ 030.291 25 78

✉ kreis.friedrichshain-kreuzberg@spd.de

Wir können es besser: Verantwortung übernehmen!

Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg will die vielfältige bunte Mischung aus Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft mit ihren jeweiligen Lebensentwürfen und Vorstellungen im Bezirk erhalten. Vielfalt, Toleranz und Offenheit sind die tragenden Säulen unseres Zusammenlebens. Dafür sind Freiräume für alle Lebensentwürfe wichtig. Friedrichshain und Kreuzberg, beide Ortsteile sind einzigartig und manchmal eigenwillig. Das soll so bleiben.

Dabei wollen wir aber unterschiedliche Lebensvorstellungen miteinander vereinbaren und treten bei Konflikten für Ausgleich ein. Wir wollen faire Kompromisse und sind gegen Klientelpolitik, denn sie spaltet die Gesellschaft und zerstört das Vertrauen in den Staat und unser Miteinander. Wir sind Anwalt der Schwächeren, die ihre Bedürfnisse nicht immer öffentlich oder lautstark artikulieren. Sie können darauf vertrauen, dass sie gehört und ihre Rechte geschützt werden.

Das gilt zu allererst für die Mieterinnen und Mieter in unserem Bezirk, die Angst haben, vom Immobilienboom überrollt zu werden. Wir wollen, dass in Zukunft nicht nur die Wohlhabenden, sondern Menschen aller Lebenslagen sich das Wohnen in unserem Bezirk noch leisten können. Dafür setzen wir alle verfügbaren politischen Mittel in Kraft. Die Menschen, die hier leben, wollen auch hier bleiben. Ihre Kinder sollen hier einen Platz in der Kita und in der Schule bekommen und sie wollen in sauberen Parks und Spielplätzen spielen. Unser Bezirk soll für alle Menschen da sein – und nicht nur für einzelne Gruppen wie Touristen oder reiche Menschen.

Die SPD in Friedrichshain-Kreuzberg steht für diesen Interessenausgleich, bei dem die Regeln unseres Zusammenlebens für alle gleichermaßen gelten und notfalls auch durch den Staat sichergestellt werden. Das haben wir in den vergangenen Jahren bei der Wohnungspolitik durchgesetzt und das werden wir auch beim Erhalt der öffentlichen Ordnung in unserem Bezirk tun. Denn in Friedrichshain-Kreuzberg sollen sich die Menschen auf allen Straßen und Plätzen und zu jeder Uhrzeit wohlfühlen können.

Bündnis 90/Die Grünen haben die Hauptverantwortung für die politischen Entscheidungen im Bezirksamt zu tragen. Ob es sich um das Desaster der Besetzungen von Oranienplatz und ehemaliger Gerhart-Hauptmann-Schule handelt oder um Fehlentscheidungen beim RAW-Gelände und der Verwahrlosung des Görlitzer Parks – ein Wegducken durch Verweis auf Zuständigkeiten anderer Ressorts oder der Landes- und Bundesebene ändert daran nichts. Friedrichshain-Kreuzberg kann mehr! Deshalb wollen wir jetzt den Politikwechsel. Mit unserem Kandidaten für das Amt des Bezirksbürgermeisters, dem bisherigen Stadtrat Dr. Peter Beckers, haben wir eine klare Alternative für mehr Verantwortung und Kompetenz im Bezirk.

Eine Alternative brauchen wir auch für die verhärteten Fronten zwischen dem Bezirksamt und der Berliner Polizei. Unser Bezirk ist kein Ort für ideologische Grabenkämpfe und Laborpolitik, sondern er soll ein Ort zum Leben sein. Wir wollen eine Polizei, die mit dem Bezirk kooperiert und für mehr Sicherheit sorgt. Gemeinsame Streifen von Polizei und Ordnungsamt sind ein Symbol dieser Kooperation. Um mehr Sicherheit an den vielen kriminalitätsbelasteten Orten unseres Bezirks zu erreichen, fordern wir ein übergreifendes Konzept und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Bezirk und Polizei. Dieses Vertrauen hat in den letzten Monaten unter öffentlich geführten Schlagabtausch sehr gelitten. Wir wollen mit unserem Kandidaten für das Bürgermeisteramt den Neuanfang gestalten und setzen auf Kooperation statt Konfrontation.

Die Aufgaben der Bezirke in der Einheitsgemeinde Berlin sind in der Landesverfassung gesetzlich geregelt. Doch lassen sich Probleme oftmals nicht in Regelungen pressen. Um sie zu lösen, bedarf es des kreativen Herangehens zusammen mit Betroffenen, Bürger*innen, zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, Ämtern und öffentlichen Einrichtungen. Mehr denn je brauchen wir ganzheit-

*Wir stehen für
Vielfalt, Toleranz
und Offenheit*

*Faire Kompromisse
statt Klientelpolitik
im Bezirk*

*Ein Bezirk für
Menschen in allen
Lebenslagen*

*Erhalt der öffentli-
chen Ordnung*

*Unser Bezirk ist
bereit für einen
Politikwechsel!*

*Kooperation statt
Konfrontation*

*Partner für zivil-
gesellschaftliches
Engagement*

liche Lösungen für Probleme. Ein Beispiel dafür ist das Projekt fair.kiez. Hier werden unter Verantwortung unseres Bezirksbürgermeisterkandidaten und Wirtschaftsstadtrates Maßnahmen entwickelt und miteinander abgestimmt, die der Entwicklung eines stadtverträglicheren Tourismus im Bezirk dienen. Auch an diesem Beispiel hat sich gezeigt, wie notwendig eine gute Kooperation mit dem Land Berlin ist, um hier voranzukommen. Es reicht nicht, öffentlichkeitswirksame Forderungen an den Senat zu stellen. Wir wollen, dass unser Bezirksbürgermeister als Repräsentant von Friedrichshain-Kreuzberg im Rat der Bürgermeister*innen inhaltlich überzeugt. Auch hierfür ist ein personeller Neuanfang notwendig.

Tatsächliche Probleme lösen, statt Flucht in politische Laborexperimente

Unsere Bezirkspolitik zielt auf die konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Friedrichshain-Kreuzberg. Dazu gehören gutes Schulessen ebenso wie die Förderung der lokalen Infrastruktur. Bezirkspolitik ist kein Labor für eine alternative Europa-, Bundes- oder Landespolitik. Für derartiges politisches Experimentieren ist die Zeit abgelaufen. Ein lange vom Bezirk geduldetes Flüchtlingscamp auf dem Oranienplatz und eine immer noch besetzte ehemalige Gerhart-Hauptmann-Schule haben dem Bezirk viele Probleme bereitet, ohne den Betroffenen genutzt zu haben. Hoffnungen wurden geweckt, obwohl klar war, dass der Bezirk keine Aufenthaltsgenehmigungen erteilen kann. Was bleibt, ist viel Frust und eine besetzte ehemalige Schule mit Kosten von mittlerweile mehr als 3,5 Mio. Euro jährlich für 18 Besetzer*innen, die der Bezirk allein tragen muss. Das Nähren der Hoffnung auf einen rechtlich nicht zu realisierenden „Coffeeshop“ im Görlitzer Park hat Ressourcen gebunden und keine Probleme gelöst. Die gegenwärtige experimentelle Laborpolitik im Bezirk, die sich an der Welt- oder Bundespolitik überhebt und letztlich gar nichts bewegt, muss beendet werden.

Gute Verwaltung braucht eine verlässliche Führung

Die Integration von Geflüchteten im Rahmen der wachsenden Stadt und Sicherung der Daseinsvorsorge ist auch bezirkliche Aufgabe, die mit der Bündelung aller zur Verfügung stehenden Kräfte gelingen muss. Dafür benötigt es nicht nur Personal, sondern auch eine funktionierende Verwaltung. Das geht nicht ohne verlässliche Führung. Ein Bezirksbürgermeister muss mehr tun, als ein Fachressort zu leiten. Wir wollen, dass der Bezirksbürgermeister wie auch in anderen Bezirken üblich Steuerungsaufgaben für die gesamte Bezirksverwaltung übernimmt. Nur mit einer funktionierenden Verwaltung werden wir es schaffen, die Lebensbedingungen der Bürger*innen in unserem Bezirk zu verbessern. Auch hierfür ist ein personeller Neuanfang notwendig.

Friedrichshain-Kreuzberg ist ein starker Bezirk mit hervorragenden Perspektiven, der momentan noch oft unter seinen Verhältnissen lebt. Das zu ändern, liegt an uns allen. Am Anfang muss aber ein Bezirksamt stehen, das mit Kompetenz und Augenmaß geführt wird.

Dafür steht die SPD und dafür steht Dr. Peter Beckers.

Stabile Bezirksfinanzen und eine leistungsfähige, bürgernahe Verwaltung

Sozialdemokratische Politik steht für einen aktiven, sozialen Staat und eine lebendige Demokratie. Dabei spielen starke Bezirke für uns eine entscheidende Rolle.

Verantwortung zu übernehmen heißt für uns, sicherzustellen, dass unser Bezirk seinen Aufgaben gerecht werden kann und nachhaltig finanziert ist. Mit öffentlichen Geldern gehen wir sorgsam um, beenden teure Irrwege und setzen klare Prioritäten.

Das haben wir erreicht:

- ✓ Die Trendumkehr bei der Personalausstattung des Bezirksamts.
- ✓ Die verlässliche Finanzierung von Bezirksaufgaben.
- ✓ Die Verwendung von Haushaltsüberschüssen für Zukunftsinvestitionen.

Das haben wir vor:

- ✗ Das Bezirksamt personell weiter verstärken und zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen.
- ✗ Keine Entmachtung der Bezirke zulassen.
- ✗ Höchsten zwei Wochen Wartezeit in Bürgerämtern mit einer Termingarantie und mehr Online-Angebote bei Behördengängen“
- ✗ Teile der Schulreinigung und Grünpflege rekommunalisieren und Perspektiven für eine breite Rekommunalisierung schaffen.
- ✗ Die Fehlausgaben an der Gerhart-Hauptmann-Schule beenden und dort eine reguläre Unterkunft für Geflüchtete einrichten.
- ✗ Klare Schwerpunkte für den Haushalt setzen: Zukunftsinvestitionen und sozialer Zusammenhalt.

In den Berliner Bezirken wird ein großer Teil der sozialen und sonstigen Dienstleistungen für die Bevölkerung erbracht. Unsere Bevölkerung wächst weiter, gleichzeitig scheidet altersbedingt immer mehr Mitarbeiter*innen der Verwaltung aus. Deshalb setzen wir uns für eine deutlich bessere Personalausstattung im Bezirksamt ein. Die Trendumkehr ist bereits erreicht. Seit einigen Jahren werden wieder mehr Beschäftigte in den Bezirken eingestellt. Zudem werden wir noch mehr Ausbildungsplätze im Bezirksamt schaffen und jungen Menschen unterschiedlicher Herkunft in unterschiedlichen Berufen eine Perspektive im öffentlichen Dienst bieten.

Bezirke stärken, Zentralisierung verhindern: verlässliche Bezirksfinanzen sicherstellen

Die Berliner SPD hat ein Konzept für die dauerhafte Sicherung der Bezirksfinanzen und für eine gelingende Kooperation zwischen Senat und Bezirken vorgelegt. Kernbestandteile sind eine verlässliche Finanzierung von Bezirksaufgaben angesichts des steigenden Bedarfs der wachsenden Stadt, die Sicherung und der Ausbau der sozialen Infrastruktur, z. B. der Kinder- und Jugendarbeit, die verstärkte Einstellung von Personal und Neubau- sowie Sanierungsmaßnahmen, insbesondere im Schulbereich.

Die immer wieder aufkeimende Diskussion um eine neue große Verwaltungsreform, die Entmachtung der Bezirke und die weitreichende Zentralisierung von Aufgaben kritisieren wir. Die Bürgerinnen und Bürger sind darauf angewiesen, dass Senat und Bezirksämter kooperieren und schwierige Aufgaben gemeinsam bewältigen. Kompetenzstreitigkeiten verlangsamen die Lösungsfindung und verlieren die Menschen aus dem Blick.

Wichtig ist uns, dass jede Übertragung von zusätzlichen Aufgaben an die Bezirke auch zusätzliches Personal und mehr Finanzen nach sich ziehen muss. So können zukünftige Herausforderungen von den Bezirken erfolgreich gemeistert werden.

Kürzere Wartezeiten, weniger Behördengänge: bürgernahe Verwaltung organisieren

Wir setzen uns für eine moderne und bürgernahe Verwaltung ein. Wir werden Wartezeiten verkürzen und Verwaltungsabläufe modernisieren. Durch bessere Online-Angebote sollen vermehrte Gänge zum Bezirksamt überflüssig werden. Gemeinsam mit dem Berliner Senat wollen wir eine Termingarantie in den Bürgerämtern einführen. Damit soll jede*r Einwohner*in unseres Bezirks einen garantierten Termin in Friedrichshain-Kreuzberg innerhalb von zwei Wochen bekommen. Weniger Bürokratie und mehr Partnerschaft zwischen Verwaltung und Bürger*innen – das bleibt unser Ziel.

Öffentliche Aufgaben in öffentliche Verantwortung: Rekommunalisierung durchsetzen

Die Privatisierung von öffentlichen Aufgaben hat sich als Irrweg erwiesen. Sie führte zu schlechteren Ergebnissen bei steigenden Kosten. Wir setzen uns dafür ein, in der Vergangenheit privatisierte Aufgaben in die bezirkliche Verantwortung zurückzuführen.

Modellhaft wollen wir, gemeinsam mit anderen Bezirken, Teile der Schulreinigung und der Grünpflege rekommunalisieren. Im Erfolgsfall werden wir uns dafür einsetzen, dass mit der kompletten Schulreinigung und Grünpflege wieder eigene Mitarbeiter*innen beauftragt werden.

Misswirtschaft beenden: Schwerpunkte setzen.

Verantwortungsbewusste Haushaltspolitik setzt Rahmenbedingungen für ein seriöses und wirksames Verwaltungshandeln. Leider sind unter Verantwortung einer grünen politischen Mehrheit im Bezirksamt wichtige Aufgaben vernachlässigt worden. Dafür wurden jedoch für teure Symbolprojekte Mittel verschwendet. Ein Beispiel ist die ehemalige Gerhart-Hauptmann-Schule: Hier wurde zu viel Geld ausgegeben, ohne dass sich die Lage der Bewohner*innen gebessert hätte.

Die SPD-Fraktion hat sich in der Bezirksverordnetenversammlung bereits vor mehreren Jahren für die Herrichtung der Liegenschaft als reguläre Flüchtlingsunterkunft eingesetzt. Nach einem vom Bezirksamt gestellten und dann zurückgezogenen Räumungsersuchen an die Polizei, nach endlosen ergebnislosen Verhandlungen mit den Nutzer*innen und nachdem mindestens 3,5 Mio. Euro der ohnehin knappen Haushaltsmittel verschwendet wurden, haben sich nun alle Parteien unserer Forderung angeschlossen.

Ein weiteres Beispiel für die verfehlte grüne Haushaltspolitik ist die Schaffung einer Beauftragtenstelle für den bezirklichen Klimaschutz. Dafür gab es weder eine vernünftige Stellenbeschreibung noch eine klare Zielvorstellung oder Prioritätensetzung beim bezirklichen Klimaschutz. Das Ergebnis: Erhoffte Energieeinsparungen konnten nicht realisiert werden.

Wir setzen uns für bezirkliche Schwerpunkte bei der Haushaltsplanung in Friedrichshain-Kreuzberg ein. Dazu zählen die Sicherung und der Ausbau der Kinder- und Jugendarbeit sowie der frühen Bildung, die Unterstützung der Sportvereine und des ehrenamtlichen Engagements, der Ausbau der Angebote der bezirklichen Bibliotheken sowie der Musikschule und der Volkshochschule. Wichtig sind auch Beratungs- und Unterstützungsangebote für besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen, beispielsweise der Schuldner*innen- und Insolvenzberatung, der Mieter*innenberatung, der Beratung für kranke und behinderte Menschen sowie der Angebote zur Beratung, Bildung und Integration von Migrant*innen.

Bei den Neueinstellungen im Bezirksamt müssen die Bereiche mit besonders hohem Publikumskontakt mit Priorität behandelt werden, allen voran das Bürgeramt mit seinen drei Standorten.

In die Zukunft investieren: Mittel für Schulsanierung und Schulneubau einsetzen

Die Berliner SPD hat durchgesetzt, dass Haushaltsüberschüsse in Zukunftsaufgaben investiert werden. Für Friedrichshain-Kreuzberg heißt dies, dass für bauliche Investitionen auch in den kommenden Jahren mehr Geld zur Verfügung steht. Wir setzen uns dafür ein, dass diese zusätzlichen Mittel insbesondere in den Neubau und die Erweiterung von Schulstandorten – inklusive Turnhallen – im Ortsteil Friedrichshain fließen, darüber hinaus in die Sanierung der Schulen im gesamten Bezirk.

Soziale Mischung statt Verdrängung

Für uns Sozialdemokrat*innen ist die Mieter*innenpolitik einer der zentralen Bausteine einer Politik der sozialen Gerechtigkeit: Bezahlbarer Wohnraum ist die Voraussetzung für ein gleichberechtigtes und vielfältiges Zusammenleben in unserem Bezirk.

Junge Menschen und Alleinstehende müssen in Friedrichshain-Kreuzberg genauso Platz finden wie Familien mit einem größeren Raumbedarf, Normalverdiener*innen und die Mittelschicht genauso wie Menschen, die Transferleistungen erhalten. Benötigt werden auch mehr Angebote für altersgerechtes Wohnen. Nur so bleibt unser Bezirk bunt, lebendig und gerecht.

Dabei werden die nächsten Jahre entscheidend sein: In Friedrichshain-Kreuzberg leben derzeit gut 275.000 Menschen, die Bevölkerung wird nach aktueller Bevölkerungsprognose in den nächsten fünf Jahren überdurchschnittlich um 7,5 Prozent auf fast 300.000 Einwohner zunehmen. Gleichzeitig steigen die Mieten immer weiter: Bei Neuvermietungen werden längst Kaltmieten von deutlich über 10 Euro pro Quadratmeter verlangt. Gegenüber 2011 stiegen die Angebotsmieten um 52 Prozent. Unser Bezirk ist damit traurige Spitze in Berlin. Eine der Kernfragen bei dieser Wahl ist: Wer hat die Kompetenz, daran etwas zu ändern?

Verantwortung übernehmen heißt für uns, bestehende Mietverhältnisse zu schützen, Mieter*innenrechte zu stärken, den sozialen Wohnungsbau auf landeseigenen Flächen auszubauen und durch den Neubau von bezahlbaren Wohnungen das Angebot zu erhöhen, um die Mieten zu stabilisieren.

Das haben wir erreicht:

- ✘ Das Zweckentfremdungsverbot, damit Wohnungen nicht weiter zu Spekulationsobjekten werden.
- ✘ Das Umwandlungsverbot, damit Mieter*innen in ihren Kiezen bleiben können.
- ✘ Die Kappung von Mieterhöhungen auf 15 Prozent über drei Jahre.
- ✘ Die Verlängerung des Eigenbedarfskündigungsschutzes auf 10 Jahre.
- ✘ Die Mietpreisbremse.
- ✘ Einen Platz unter den drei erfolgreichsten Bezirken beim Neubau von Wohnraum.

Das haben wir vor:

- ✘ Zusätzliche Erhaltungs- bzw. Milieuschutzgebiete um die Weberwiese, die Samariterstraße, den Travekiez/Ostkreuz, die Warschauer Straße, in Südwest-Kreuzberg und der Südlichen Friedrichstadt.
- ✘ Einsatz für eine bundesweite Verschärfung der Mietpreisbremse.
- ✘ Die Eindämmung von Luxussanierungen.
- ✘ Ein faktischer Stopp für die Privatisierung von landeseigenen Grundstücken.
- ✘ Mehr sozialer Wohnungsbau der landeseigenen Gesellschaften.
- ✘ Bei größeren Neubauprojekten mindestens 40 Prozent geförderte und landeseigene Wohnungen.

Vielfalt verteidigen: mehr Erhaltungssatzungsgebiete ausweisen

Der Ausgangspunkt unserer Politik für bezahlbare Mieten ist der Schutz von Mieter*innen, die schon in unserem Bezirk wohnen. Der Immobilienmarkt braucht klare Regeln, diese Haltung haben wir nicht erst seit kurzem.

Seit 1995 gibt es im Bezirk sogenannte Erhaltungssatzungs- bzw. Milieuschutzgebiete, die eine wichtige Handhabe sind, um Mieter*innen vor Verdrängung zu schützen. Inzwischen stehen ein Dutzend Gebiete mit über 4.100 Grundstücken und zehntausenden Wohnungen unter Schutz. Bisher hat das grüne Bauamt allerdings nur ein einziges Mal das gesetzliche Vorkaufsrecht angewendet und auch das nur auf starken Druck der SPD. Wir setzen uns für weitere Erhaltungssatzungsgebiete ein. Vor allem haben wir aber den nötigen Willen, sie auch richtig zu nutzen.

Erhaltungssatzungs-/Milieuschutzgebiete

Mit Hilfe von § 172 des Baugesetzbuchs können in klar umgrenzten Gebieten historisch oder künstlerisch wertvolle Straßenzüge bewahrt (städtebauliche Erhaltungsverordnung) oder die soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung geschützt werden (Milieuschutzverordnung). In solchen Gebieten bedarf es einer Genehmigung für eine Änderung der Bausubstanz oder ihrer Nutzung.

Unsere Forderung nach weiteren Erhaltungsgebieten:

- Weberwiese (neu)
- Samariterkiez (ehemaliges Sanierungsgebiet)
- Travекiez-Ostkreuz (ehemaliges Sanierungsgebiet)
- Warschauer Straße (ehemaliges Sanierungsgebiet)
- Südwestliches Kreuzberger Gebiet zwischen Yorckstr., Bezirksgrenze, Katzbachstraße, Kreuzbergstraße, Mehringdamm, Hagelberger Straße, Großbeerenstraße
- Südliche Friedrichstadt außer das Sanierungsgebiet und um das Postscheckamt

Wir wollen, dass Friedrichshain-Kreuzberg in Kooperation mit dem Senat ein Modellbezirk für die konsequente Anwendung des sozialen Erhaltungsrechts wird. Nur wo die Erwerber*innen von Wohnhäusern vertraglich einen Verzicht auf teure Modernisierungen und Umwandlungen zusagen, sollen in Erhaltungssatzungsgebieten Verkäufe künftig noch genehmigt werden. Ein Ankaufsfonds des Landes soll die Finanzierung des Ankaufs durch Ausübung des Vorkaufsrechts ermöglichen.

Wohnen statt spekulieren: Zweckentfremdungsverbot und Umwandlungsverbot

Angesichts weiter steigenden Mieten in unseren Kiezen haben wir in den letzten Jahren den Kampf gegen die Verdrängung noch einmal verschärft. Die SPD hat das Zweckentfremdungsverbot wieder eingeführt und das Umwandlungsverbot durchgesetzt, um den Missbrauch von Ferienwohnungen und die Spekulation mit Wohnraum zu bekämpfen. Seit 2014 bzw. 2015 sind diese wichtigen Maßnahmen in Kraft.

Wir werden dafür sorgen, dass sie auch wirksam eingesetzt werden. Dazu ist die bisherige grüne Mehrheit im Bezirksamt nicht in der Lage gewesen.

Das Zweckentfremdungsverbot

Besonders in unserem Bezirk ist eine Wohnung nicht nur ein Zuhause, sondern ein potenzielles Geschäftsmodell: So kaufen Geschäftsleute Wohnungen auf, um sie Feriengästen zur Verfügung zu stellen. Damit steigen die Mieten.

Seit Mai 2014 ist nach Beschluss des SPD-geführten Senats jede Nutzung einer Wohnung für etwas anderes als Wohnzwecke genehmigungspflichtig. Ende April 2016 endete die Übergangsfrist. Neue Genehmigungen werden praktisch nicht mehr erteilt.

Das Umwandlungsverbot

Mit kaum etwas kann man am Wohnungsmarkt mehr Geld verdienen als mit der Umwandlung von Mietshäusern in Eigentumswohnungen, die saniert und einzeln verkauft werden. In der Regel können Mieter*innen ihre ehemaligen Wohnungen nicht kaufen – und werden verdrängt.

Mit der Umwandlungsverbotsverordnung des Senats vom März 2015 gelten in den Milieuschutzgebieten Berlins so hohe Auflagen für die Umwandlung, dass die Anträge zur Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen schon deutlich abgenommen haben.

Mieten begrenzen, Mieter*innenrechte stärken: Kappungsgrenze, Eigenbedarfs-Kündigungsschutz und die Mietpreisbremse

Neben klaren Regeln für die wirtschaftliche Nutzung von Immobilien ist es uns vor allem wichtig, die Rechte von Mieter*innen auszubauen und sicherzustellen, dass Mieter*innen ihre Rechte auch wahrnehmen können.

Wir haben Wort gehalten und in den letzten Jahren eine Wende in der Berliner Wohnungspolitik vollzogen. Mit der Kappungsgrenze von 15 Prozent in drei Jahren für Mieterhöhungen, der Verlängerung des Eigenbedarfs-Kündigungsschutzes auf zehn Jahre und der bundesgesetzlichen Mietpreisbremse wurde der Mieterschutz spürbar verstärkt. Wir wollen den eingeschlagenen Weg konsequent und mit Nachdruck fortsetzen. Die Berliner SPD wird sich auf Bundesebene für eine Verschärfung der Mietpreisbremse einsetzen.

Friedrichshain-Kreuzberg braucht ein „Bündnis für Wohnen“: Gerade kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen und manche Baugruppe sind Garanten für Mietsicherheit und sozial gemischte Nachbarschaften. Der genossenschaftliche Wohnungsbau soll gestärkt werden und damit das Leitbild von Selbsthilfe, Eigenverantwortung und Solidarität. Wir wollen in diesem Zusammenhang auch das Angebot für kostenlose Mieter*innenberatung ausweiten.

Grundstücksspekulation verhindern: Baurecht konsequent nutzen

Eine klare Politik gegen Verdrängung muss sich nicht auf einzelne Gebiete unseres Bezirks beschränken. Das Baurecht gilt überall und ist ein wichtiger Hebel, Veränderungen herbeizuführen. Alle Möglichkeiten ausschöpfen heißt also: das Baurecht offensiv nutzen. Das von einem grünen Stadtrat geleitete Bezirksamt ließ es viel zu oft an einer konsequenten Bauleitplanung mangeln. Mehr Bebauungsplanung würde in vielen Fällen helfen, vor Grundstücksspekulation und fragwürdigen Bauprojekten zu schützen. Deshalb haben wir z.B. angesichts der umfangreichen Planungen für Friedrichshain-West eine Beschlussfassung des Bezirks für eine Bauleitplanung und die Erarbeitung eines Integrierten Stadtentwicklungskonzepts für die Weiterentwicklung der Infrastruktur initiiert.

Luxussanierungen eindämmen: Modernisierungsinvestitionen überprüfen

Klimaschutz und Energieeinsparung bleiben wichtige Herausforderungen auch für die Wohnungspolitik, den Wohnungsbau und die Stadtentwicklung. Sie dürfen aber kein Vorwand sein, um nach der Sanierung den Mietpreis drastisch zu erhöhen und Mieter*innen zu verdrängen.

Für eine sinnvolle energetische Sanierung von Wohngebäuden wollen wir eine Angemessenheitsprüfung und ein Förderprogramm einführen, um der Verdrängung von Mieter*innen aus sanierten Wohnungen begegnen zu können. Dazu gehört auch eine deutliche Absenkung der Modernisierungsumlage auf 5 Prozent. Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg setzt damit ein klares Zeichen gegen überflüssige Luxussanierungen.

Die Modernisierungsumlage

Mit der Modernisierungsumlage können Vermieter*innen 11 Prozent der Modernisierungskosten auf die Jahresmiete umlegen. Hierzu zählen die Erhöhung des Wohnwertes, Maßnahmen zur Energieeinsparung und durch gesetzliche Änderungen, die Baumaßnahmen notwendig machen (wie z.B. der Einbau von Messgeräten).

Gemeinwohl statt Privatisierung: soziale Liegenschaftspolitik

Die besten Möglichkeiten für sozialen Wohnungsbau und den Schutz von Mieter*innenrechten haben wir dort, wo Grundstücke bereits der Allgemeinheit gehören. Deshalb verfolgen wir eine konsequente Liegenschaftspolitik: Landeseigene Flächen sollen nur noch in Ausnahmefällen privatisiert werden, Investor*innen müssen strenge Auflagen erfüllen.

Deshalb setzen wir uns auch für eine Rückübertragung des Sport- und Erholungszentrums (SEZ) an der Landsberger Allee/Danziger Straße an das Land Berlin ein. Den Kaufvertrag über einen symbolischen Euro aus dem Jahr 2003 wollen wir rückgängig machen. Dafür prüfen wir die rechtlichen Voraussetzungen für eine Rückabwicklung des Vertrags bzw. einen Wiederkauf. Solange eine solche Prüfung nicht abgeschlossen ist, lehnen wir den Abschluss eines städtebaulichen Plans mit dem aktuellen Eigentümer und eine Änderung der Planungsziele Sport und Erholung ab

Anderswo wollen wir Flächen künftig vor allem für den Wohnungsbau und für die Sicherung der sozialen Infrastruktur verwenden. Die Grundstücke des Bundes im Bezirk wollen wir zum Verkehrswert in Landeseigentum überführen. Dazu zählt unter anderem das Grundstück Reichenberger Straße/Ratiborstraße am Kanal. Gegen das Höchstpreisverfahren, mit dem die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BimA) Bundesbesitz bisher ohne angemessene Prüfung der Pläne von Investoren Grundstücke verkauft, kämpfen wir seit Jahren.

Natürlich darf die soziale Wohnungspolitik der öffentlichen Hand kein Lippenbekenntnis sein. Überall, wo sich landeseigene Wohnungsgesellschaften engagieren, muss das Gemeinwohl vorgehen. Deshalb hat die SPD das Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten geschlossen.

Das Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten

Die Vereinbarung des SPD-geführten Senats mit den städtischen Wohnungsgesellschaften beinhaltet die Erweiterung der Wohnungsbestände; eine Wiedervermietungspraxis, die vor allem einkommensschwächeren Haushalten nützt und einen Verzicht auf Mieterhöhungen, die Verdrängung befördern.

Mehr sozialer Wohnraum: für den Bau neuer Wohnungen

Die Bevölkerungszahl in unserem Bezirk wächst zu schnell, als dass wir ohne neuen Wohnraum die Mieten stabilisieren könnten, das sehen inzwischen auch unsere politischen Mitbewerber*innen ein. In der Praxis folgen sie dabei allerdings dem Sankt-Florians-Prinzip: bauen gerne, aber nicht gerade hier. Uns ist es wichtig, den sozialen Wohnungsbau mit Fingerspitzengefühl und voller Transparenz für die Anwohner*innen zu betreiben. Als dicht bebauter Innenstadtbereich sind die noch zur Verfügung stehenden Wohnungsbaupotentiale effizient zu nutzen und unter Berücksichtigung der Versorgung der Bevölkerung mit Infrastruktur und klimatischer Faktoren sinnvoll zu planen. Unser Bekenntnis zu mehr bezahlbarem Wohnraum in unserem Bezirk ist klar.

Wir wollen den Anteil der landeseigenen Wohnungen durch Neubau und Zukäufe kräftig erhöhen. Obwohl Friedrichshain-Kreuzberg der flächenmäßig kleinste Bezirk ist, gehörte er in den letzten Jahren beim Neubau mit 1.100 bis 1.500 jährlichen Baugenehmigungen immer zu den drei erfolgreichsten Bezirken Berlins. Wir kämpfen dafür, dass bei größeren Neubauprojekten mindestens 40 Prozent geförderte und landeseigene Wohnungen entstehen.

Ob beim Postgiroamt, auf dem Freudenbergareal oder an der Friedenstraße, unser Engagement hat sich gelohnt. Wir wollen aber, dass der Bezirk noch mehr erreicht. Auch auf dem Dragoneareal, an der Rummelsburger Bucht und der Spree oder an der Karl-Marx-Allee werden wir für sozialen Wohnungsbau durch landeseigene Gesellschaften sorgen.

Betonwüsten wollen wir nicht, die Wohn- und Lebensqualität in den Quartieren, bei Grünflächen, Sport- und Spielplätzen werden wir schützen.

Wenn der Bedarf an Wohnraum im Bezirk in erheblichem Maße steigt, sehen wir vor, in Einzelfällen höher zu bauen, etwa in Form von Punkthochhäusern. Das kann sich (grün-) flächenschonend auswirken und muss den Anteil an sozialem Wohnraum erhöhen. Voraussetzung dafür ist in jedem Fall eine städtebaulich und architektonisch klare und überzeugende Planung.

Für einen sicheren und lebenswerten Bezirk

Freiheit ohne Angst

Berlin und vor allem Friedrichshain-Kreuzberg: Das ist auch ein Freiheitsversprechen. Diese Freiheit wird in unseren Kiezen im respektvollen und toleranten Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster Nationalitäten und sozialer Hintergründe tagtäglich hunderttausendfach gelebt. Nirgendwo wird so wild gefeiert, so unterschiedlich gelebt. Darum beneiden uns Menschen in aller Welt.

Diese Freiheit ist aber bedroht, wenn sich Menschen im öffentlichen Raum nicht sicher fühlen. Wir dulden es nicht, wenn bestimmte Plätze oder Kieze zu Problemschwerpunkten werden. Verantwortung übernehmen heißt auch: Die Politik des Wegschauens muss enden. Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten und private Sicherheit erkaufen. Öffentliche Sicherheit ist eine staatliche Aufgabe. Einer Privatisierung von Sicherheit und dem Entstehen von Gated Communities treten wir mit aller Entschiedenheit entgegen.

Für uns ist klar: Wo Menschen wohnen, arbeiten, sich treffen und zusammenleben, müssen sie sich sicher fühlen. Uneingeschränkter Respekt vor unseren Werten, unserer Verfassung und der Würde des Menschen sind unantastbare Grundlage unseres Zusammenlebens. Jeder Einzelne hat Anspruch auf die Unantastbarkeit seiner Person und auf Respekt. Verantwortung übernehmen heißt, nicht länger zu leugnen, dass es in einigen Bereichen, insbesondere um das Kottbuser Tor, den Görlitzer Park und auf dem RAW-Gelände inzwischen unhaltbare Zustände gibt. Wir werden das Entstehen rechtsfreier öffentlicher Räume und Übergriffe jeglicher Art nicht dulden. Wir setzen uns dafür ein, dass für Kriminalitätsschwerpunkte in enger Abstimmung zwischen Bezirksamt, Senat, Polizei, Anlieger*innen, Verkehrsunternehmen u. a. schnell wirkungsvolle Sicherheitskonzepte erarbeitet und umgesetzt werden. Hier geht es um präventive und auch um repressive Maßnahmen. Dabei setzen wir uns auch für eine stärkere Präsenz der Polizei ein, etwa durch zusätzliche feste oder mobile Wachen und regelmäßige Fußstreifen, die die Präsenz und die Ansprechbarkeit der Polizei erhöhen. Die Anwohner*innen müssen wissen, an wen sie sich wenden können, wenn sie sich belästigt oder bedroht fühlen. Polizeibeamt*innen müssen ihr Einsatzgebiet kennen und Kontakt halten zu den örtlichen Gewerbetreibenden, Gastronomen und Anwohnerinitiativen. Dazu müssen Senat, Polizei und Bezirksamt an einen Tisch gebracht werden.

Es darf kein Hin- und Herschieben von Verantwortlichkeiten zwischen Polizei, Senat und Bezirk mehr geben! Es ist nicht hinzunehmen, dass die Senatsinnenverwaltung und das Bezirksbürgermeisteramt nicht mehr miteinander reden. Vorbehalten gegen erhöhte Polizeipräsenz in Teilen der Anwohnerschaft wird die SPD in gezielten Ansprachen und Bürgerversammlungen begegnen.

Für uns ist die Polizei Partner und nicht Gegner. Wir arbeiten auch mit ihr zusammen, um die Probleme im Bezirk zu lösen. Wir stehen zu dem Grundsatz, dass das Gewaltmonopol beim Staat liegen muss. Das gilt auch in der Rigaer Straße. Damit einhergeht, dass diejenigen, die dieses Gewaltmonopol ausüben, eine besondere Verantwortung tragen.

Projekte und Initiativen auf dem RAW-Gelände dauerhaft sichern

Wir wollen auch weiterhin die Entwicklung des Geländes auf dem ehemaligen Reichsbahnausbesserungswerk an der Warschauer Straße entlang der Revaler Straße aktiv begleiten. Wir wollen insbesondere die verschiedenen Projekte in den vier denkmalgeschützten Altbauten entlang der Revaler Straße langfristig sichern. Auch die Sportaktivitäten um den denkmalgeschützten Kletterkegel und in der Skaterhalle sowie den dazugehörigen Biergarten und das Freiluftkino wollen wir langfristig erhalten. Dazu favorisieren wir als Lösung einen Verkauf der Häuser/Flächen an die Nutzer*innen oder ein langfristiges Erbpachtmodell zum Erhalt dieser Institutionen.

Das RAW-Gelände ist groß genug, um auf einzelnen Flächen neue, preiswerte Wohnungen zu bauen.

Spiel- bzw. Begegnungsplätze für alle Altersgruppen schaffen

In einer wachsenden Stadt ist es wichtig, öffentliche Plätze mit einem kostenlosen Freizeitangebot für alle Menschen und alle Altersklassen zu schaffen. Menschen in einer Stadt müssen sich begegnen und aufhalten können, damit ein soziales Miteinander funktionieren kann.

Der kinderreiche Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg muss seine Spielplätze dauerhaft attraktiv und nutzbar halten. Wir haben nur wenig noch zur Verfügung stehende Freiräume, auf denen sich Kinder aufhalten können, deshalb müssen die Spielplätze des Bezirks ein ausreichendes Angebot bieten.

Und wir möchten neben den herkömmlichen Spielplätzen für Kinder auch Plätze mit einem altersübergreifenden Angebot schaffen. Es kann hier bspw. Tischtennisplatten, Tische mit Schach- und Backgammonangebot, Kletter-, Skater-, BMX- oder Fitnessangeboten geben.

Ausbau des Kita- und Spielplatzsanierungsprogramms

Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm (KSSP) ein fester Bestandteil des Landeshaushalts wird, zudem soll der jährlich zur Verfügung gestellte Betrag um mindestens 15 Prozent erhöht werden.

Saubere Strassen, Parks und Grünflächen

Die Wahrnehmung eines Ortes und das subjektive Sicherheitsgefühl werden aber auch durch die Verwahrlosung öffentlicher Räume beeinträchtigt. Insbesondere die an einigen Stellen in unserem Bezirk zu beklagende Vermüllung ist ein Ärgernis. Wir wollen gemeinsam mit der BSR, Gewerbetreibenden vor Ort und dem Bezirksamt Konzepte entwickeln und umsetzen, um diesen Trend zu stoppen und umzukehren. Mit baulichen Maßnahmen wollen wir die Anwohnerschaft einladen, den öffentlichen Raum zurückzugewinnen. Das können z. B. im Görlitzer Park Kinderspielplätze und Sportstätten sein. Der Bezirk soll zusammen mit der Berliner Stadtreinigung die Sperrmüllentsorgung neu regeln und es den Menschen leichter machen, ihren Müll gerecht zu entsorgen. Denn in beiden Ortsteilen unseres Bezirks gibt es keinen Recyclinghof.

Parks, deren Grünflächen stark beansprucht sind, müssen außerdem regelmäßig wiederhergestellt werden, so z.B. der Boxhagener Platz.

Denkmale im Bezirk erhalten

Zudem setzen wir uns für einen aktiven Denkmalschutz im Bezirk ein. Der Erhaltungszustand der Denkmale im Bezirk muss verbessert werden. Nach zwei Jahrzehnten intensiver Nutzung muss z.B. der Boxhagener Platz in den kommenden Jahren umfassend denkmalgerecht saniert werden. Nur so wird er künftig als Platz der Erholung und als Ort für den Wochen- und Flohmarkt erhalten werden können.

Gute Bildung von Anfang an

Gute Bildung von Anfang an ist der Schlüssel für die gelingende Entwicklung von Kindern. Die Rahmenbedingungen für den Besuch von Kindertagesstätten und der Kindertagespflege sind in den letzten Jahren von der SPD noch einmal deutlich verbessert worden. Insbesondere das Berliner Bildungsprogramm, der Ausbau der Platzkapazitäten durch Bundes- und Landesprogramme, die Umsetzung der Forderungen nach mehr Qualität, die sich in einem Volksbegehren artikuliert haben, und der kostenfreie Besuch der Kita in den letzten drei Jahren vor der Einschulung sind wichtige Meilensteine.

Verantwortung übernehmen heißt für uns, hier nicht stehen zu bleiben, sondern der steigenden Nachfrage nach Kita-Plätzen durch eine Erhöhung des Angebots und eine Verstärkung der Ausbildung von Kita-Personal gerecht zu werden. Durch den Erhalt der Trägervielfalt und die Ermöglichung flexiblerer Angebote wollen wir noch mehr Eltern die Möglichkeit zu geben, ihre Kinder in eine Kita zu schicken.

Das haben wir erreicht:

- ✓ Tausende neue Kita-Plätze in Friedrichshain-Kreuzberg.
- ✓ Höhere Qualität durch verbesserten Personalschlüssel.
- ✓ Beitragsfreiheit in den letzten drei Jahren in der Kita.

Das haben wir vor:

- ✗ Mehr Kitaplätze.
- ✗ Mehr Ausbildungsplätze und verbesserte Qualifikation für Kita-Personal.
- ✗ Trägervielfalt erhalten.
- ✗ Flexible Angebote auch in Randzeiten.
- ✗ Vollständige Beitragsfreiheit in der Kita von Anfang an - bei gleichzeitig verbessertem Betreuungsschlüssel.

Ein Platz für jedes Kind: neu bauen, Kita-Gründungen anregen

Obwohl wir in den letzten zehn Jahren Tausende neuer Kita-Plätze in Friedrichshain-Kreuzberg schaffen konnten, steigt der Bedarf in den nächsten Jahren weiter an. Dafür gibt es mehrere Gründe. Einerseits steigt in unserem Bezirk nach wie vor die Zahl der Kinder im Alter zwischen 0 und 6 Jahren. Durch den von Sozialdemokrat*innen durchgesetzten Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für alle Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres entscheiden sich immer mehr Eltern für die Kindertagesbetreuung, wenn die Kinder ein Jahr alt sind. Zudem besuchen deutlich mehr Kinder aus den Nachbarbezirken eine Kita in Friedrichshain-Kreuzberg als umgekehrt. Die vielfältigen Angebote der Familienbildung und -begegnung in unserem Bezirk haben dazu beigetragen, Vorurteile von Eltern gegenüber der Kita abzubauen, sodass sie zu einem früheren Zeitpunkt die Kindertagesbetreuung in Anspruch nehmen. Durch die Heraufsetzung des Einschulungsalters steigt der Platzbedarf in den Kitas noch einmal zusätzlich.

Der Berliner Senat unterstützt den Ausbau und Neubau von Kindertagesstätten mit zusätzlichen finanziellen Mitteln. Ein großes Problem in Friedrichshain-Kreuzberg ist allerdings der Mangel an geeigneten öffentlichen Flächen, die sich für den Neubau von Kindertagesstätten eignen. Daher fordern wir den Senat und die Bundesregierung auf, landes- bzw. bundeseigene Flächen auch für den Bau neuer Kitas zur Verfügung zu stellen. Wichtig ist, dass bei größeren Wohnungsbauvorhaben berücksichtigt wird, dass wegen des Zuwachses an Einwohner*innen Teilflächen für den Neubau von Kindertagesstätten und Schulen zur Verfügung gestellt werden.

Eine weitere Möglichkeit ist die Errichtung von Kindertagesstätten durch Unternehmen, die sich in unserem Bezirk ansiedeln. Hier fordern wir insbesondere größere Unternehmen auf, mehr Verantwortung zu übernehmen – nicht zuletzt im Sinne ihrer Beschäftigten mit Kindern.

Mehr Qualität, kostenfrei: beitragsfreie Kitas

Im aktuellen Doppelhaushalt des Landes Berlin hat die SPD durchsetzen können, dass die Kita in Zukunft für alle Eltern kostenfrei ist. Bezahlt werden muss nur das Essensgeld. Gleichzeitig steigt die Qualität der Betreuung durch einen verbesserten Personalschlüssel. Damit lösen wir ein wichtiges Versprechen ein: gute und beitragsfreie Bildung für alle von Anfang an, von der Kita bis zum Hochschulabschluss. Die Bildungschancen unserer jungen Generation dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

Auswahl für die Eltern: Trägervielfalt erhalten

Die SPD unterstützt die Trägervielfalt im Bereich der Kindertagesbetreuung. Diese Vielfalt fördert die Profilierung der Kindertagesstätten durch konzeptionelle Schwerpunktsetzungen. Sie ermöglicht den Eltern eine größere Auswahl zwischen unterschiedlichen Angeboten. Wir bekennen uns zum Erhalt der kommunalen Kita-Eigenbetriebe als wichtige Säule der Kindertagesbetreuung in öffentlicher Trägerschaft.

Elterninitiativkindertagesstätten und die Kindertagespflege sind eine wichtige Ergänzung im breiten Spektrum der Kindertagesbetreuung. Wir unterstützen den Erhalt und den Ausbau dieser Betreuungsformen. Aufgrund steigender Gewerbemieten sind diese Angebote häufig in ihrer Existenz bedroht. In Zusammenarbeit mit den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften wollen wir erreichen, dass diese sich verstärkt engagieren und mehr bezahlbare Räumlichkeiten zur Verfügung stellen.

Die Anmeldung erleichtern

Für viele werdende Eltern beginnt bereits während der Schwangerschaft die Odyssee der Kitaplatzsuche. Wer damit erst nach der Geburt beginnt, hat häufig das Nachsehen. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Trägern der Kitas einheitliche Regeln und Zeiten für die Anmeldung von Kindern in Kitas schaffen.

Mehr Erzieher*Innen, höhere Qualifikation: die Ausbildung qualifizierten Fachpersonals verbessern

Der Ausbau der Kindertagesbetreuung erfordert die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten an den Fachschulen für Sozialpädagogik, aber auch an den Oberstufenzentren und Berufsfachschulen, an denen die Abschlüsse erreicht werden können, die den Zugang zu den Fachschulen für Sozialpädagogik ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch hier die Rahmenbedingungen für die Ausbildung qualifizierten Fachpersonals verbessert werden und sich mehr junge Menschen für dieses Berufsfeld entscheiden. Dazu gehört für uns auch eine bessere finanzielle Perspektive für soziale Berufe, besonders für Erzieher*innen. Mehr dazu im Kapitel „Arbeit“.

Angebote auch in Randzeiten: flexible Tagesbetreuung

Immer mehr Eltern benötigen eine flexiblere Tagesbetreuung für ihre Kinder. Durch die Veränderungen in der Arbeitswelt sind immer mehr Familien darauf angewiesen, Tagesbetreuungsangebote in den sogenannten Randzeiten, also in den frühen Morgenstunden oder am Abend, ggf. auch über Nacht, in Anspruch zu nehmen. Unser Ziel ist es, in Zusammenarbeit mit den Trägern in den nächsten fünf Jahren mindestens in jeder der acht Bezirksregionen an einem größeren Standort ein Angebot zu schaffen, das solche besonders flexiblen Betreuungszeiten ermöglicht.

Gemeinsam besser lernen

Als Sozialdemokrat*innen sind wir der Überzeugung, dass Bildung der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben und zur Herstellung von Chancengleichheit ist. Jedes Kind hat ein Recht auf gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe und die Vorbereitung auf ein erfolgreiches Berufsleben. Kein Kind darf zurückbleiben.

Deshalb brauchen wir Schulen, in denen die Kinder unseres Bezirks zusammen lesen, lernen und gemeinsam ihre Fähigkeiten entwickeln. Dabei dürfen Dinge wie die soziale und wirtschaftliche Lage der Familie, Herkunft, Geschlecht, Religion, Gesundheit und sexuelle Orientierung keine Rolle spielen.

Das haben wir erreicht:

- ✓ Einen Sonderfonds für Schulsanierungen aufgelegt.
- ✓ Deutlich mehr Finanzmittel für die Schulreinigung bereitgestellt und die Reinigung verbessert.
- ✓ Beim Schulesen auf Qualität umgestellt und einen Härtefallfonds eingerichtet, um Schulesen für alle zu gewährleisten.
- ✓ Zusätzlich bis zu 100.000 Euro zusätzlich pro Schule zur Förderung von Lernerfolgen unabhängig von der sozialen Herkunft investiert.
- ✓ Den Aufbau der Integrierten Sekundarschule erfolgreich unterstützt.
- ✓ An der Refik-Veseli und der Modersohn-Schule eine gymnasiale Oberstufe eingerichtet.
- ✓ Durch die Integration einer Grundschule die Carl-von Ossietzky-Oberschule zur Gemeinschaftsschule weiterentwickelt.

Das haben wir vor:

- ✗ Mehr Investitionen in die Schulsanierung.
- ✗ Mehr Personal, auch in den Bereichen Verwaltung und IT.
- ✗ Eine eigene gymnasiale Oberstufe für jede Integrierte Sekundarschule im Schulverbund.
- ✗ Die Umsetzung weiterer Gemeinschaftsschulen, als nächstes an der Lina-Morgenstern-Schule.
- ✗ Neubau einer Grundschule am Standort der Emanuel-Lasker-Oberschule und Weiterentwicklung zur Gemeinschaftsschule.
- ✗ Sowohl eine starke Förderung schwächerer Schüler*innen als auch eine zielgerichtete Begabtenförderung an unseren Gymnasien.
- ✗ Die Überarbeitung der praxisfernen Schüler-Raumbedarf-Berechnung.
- ✗ Mehr Schulplätze durch Erweiterungen und Neubauten.
- ✗ Die Inklusion zu einem gemeinsamen Erfolg machen
- ✗ Willkommensklassen stärken und Übergang in den Regelunterricht sicherstellen.

Verantwortung übernehmen heißt für uns, gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir werden die Schulen bei der Erfüllung ihres Bildungsauftrags und der Weiterentwicklung pädagogischer Schulkonzepte nicht bevormunden. Wir vertrauen Eltern und Lehrer*innen. Die Schule der Zukunft wird eine eigenverantwortliche Schule sein.

Ein Schulplatz für jedes Kind: Ausbau des Angebots mitplanen

Vor allen anderen Überlegungen wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder in unserem Bezirk die Möglichkeit haben, hier auch zur Schule zu gehen.

In den vergangenen Jahren wurden neue Schulplätze vor allem im Ortsteil Friedrichshain geschaffen. Allerdings wird der zukünftige Raumbedarf der Schulen von einer immer noch zunehmenden wachsenden Stadt bestimmt. In wenigen Jahren werden in unserem Bezirk über 20.000 Menschen mehr leben, die ihre Kinder in die Schulen schicken werden.

Wir werden dafür sorgen, dass auch in Zukunft der Bedarf an Schulplätzen durch Schulerweiterungen und -neubauten gedeckt wird. Dafür werden im Eigentum des Landes oder Bezirks befind-

liche Grundstücke genutzt. Bei jedem Bebauungsplan wird auch der Schulbedarf berücksichtigt und werden auch von privaten Bauherren öffentlich nutzbare Ausgleichsmaßnahmen gefordert. Für Schulen, die vorübergehende räumliche Engpässe haben, müssen individuelle Lösungen gefunden werden. Wir werden sie bei der Suche nach solchen Lösungen nicht allein lassen.

Baufälligkeit bekämpfen: das Sanierungsprogramm

Ein gutes Lernklima hat auch mit dem Zustand der Schulgebäude zu tun. Wir haben uns landesweit für die Errichtung eines Fonds für kleinere Maßnahmen im Bereich Bauen oder Pädagogik eingesetzt, den die Schulen ohne großen zusätzlichen Aufwand verwenden können.

Vom Abgeordnetenhaus zur Verfügung gestellte Sanierungsmittel nützen aber nur, wenn in den Bezirken Stadträte sitzen, die in der Lage sind Geld abzurufen und in bauliche Maßnahmen umzusetzen. Das lief in Friedrichshain-Kreuzberg unter der grünen Bezirksstadträtin nicht optimal.

Wir werden nicht nachlassen, den Sanierungsstau weiter abzubauen. Im Bezirk wurden in den vergangenen fünf Jahren ca. 80 Millionen Euro in den Schulen verbaut. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Schulanlagensanierungsprogramm (SSP), das bereits verdoppelt wurde, jährlich um mindestens 15 Prozent erhöht wird.

Natürlich war und ist mehr nötig als dieses Programm, um unser Ziel zu erreichen, die Schulen in den nächsten 10 Jahren vollständig zu sanieren. Wir haben bereits begonnen, alle Kosten und Maßnahmen zu ermitteln, die notwendig sind, alle Schulen in einen sanierungsfreien Zustand zu versetzen. Als Sofortmaßnahmen setzen wir uns auf Landesebene für ein Sonderprogramm ein, um die Schultoiletten wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Außerdem wollen wir den Schulbau beschleunigen: Derzeit dauert es durchschnittlich neun Jahre vom Planungsbeginn bis zur Eröffnung einer neuen Schule. Auch die Sanierung von Schulen dauert oft zu lange. Deshalb müssen die derzeitigen Verfahren und Abläufe in diesem Zusammenhang in Frage gestellt und überprüft werden.

Raum zum Lernen schaffen: eine neue Schüler-Raumbedarf-Berechnung

Gutes Lernen braucht Raum. Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg setzt sich deshalb dafür ein, die einfachen Modelle einer Schüler-Raumbedarf-Berechnung weiterzuentwickeln. Wir wollen erreichen, dass sich der Raumbedarf an der Entwicklung zur inklusiven Schule und erfolgreicher Schulkonzepte orientiert, die es in unserem Bezirk vielfach gibt. Ihr Erhalt oder ihre Weiterentwicklung darf nicht an praxisfernen Raum-Schüler-Berechnungen scheitern.

Deshalb haben wir uns entschieden, am Beispiel der Hunsrück-Grundschule eine berlinweit erstmalige analytische Betrachtung vornehmen zu lassen, wie Raumbedarf und Schulkonzept miteinander bemessen werden können.

Das Ende der Hauptschule gestalten: die Integrierte Sekundarschule

Natürlich geht es nicht nur um Infrastruktur, sondern auch um die Frage, wie Lernen organisiert wird. Wir halten eine Vielfalt der Schulformen für wichtig, aber nicht jede Schulform genügt dem Ziel, allen Kindern eine faire Chance zu geben. Die Einführung der Integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen hat so zur Abschaffung der Hauptschule geführt.

Wir sind davon überzeugt, dass unsere Entscheidung richtig war: der Besuch der Integrierten Sekundarschule im Anschluss an die sechsjährige Grundschule eröffnet die Möglichkeit, dass Schülerinnen und Schüler sich auch noch später entscheiden können, ob sie nach Schulende eine Berufsausbildung aufnehmen oder das Abitur machen wollen. Gerade für Kinder aus bildungsfernerem Elternhaus ist es wichtig, dass sie sich im Verlaufe ihrer Entwicklung noch entscheiden und Bildungschancen ohne Nachteil wahrnehmen können.

Die Umstellung ehemaliger Hauptschulen zur Integrierten Sekundarschule war auch in unserem Bezirk nicht einfach. Die SPD hat sie auf ihrem Weg zu einer nachgefragten Integrativen Sekundarschule nicht allein gelassen. Drei ehemalige Hauptschulen erhalten Unterstützung von

der Robert-Bosch-Stiftung. Wir werden dafür sorgen, dass Unterstützung solange gewährt wird, bis sie nicht mehr notwendig ist.

Zur Steigerung der Attraktivität solcher Schulen wollen wir erreichen, dass alle Integrierten Sekundarschulen im Bezirk zukünftig eine eigene gymnasiale Oberstufe im Schulverbund haben werden. Als ersten Schritt auf diesem Weg können wir mit der Refik-Veseli-Schule und der Modersohn-Schule ein berlinweites Modell erproben, wie das praktisch umgesetzt werden kann.

Bildung aus einer Hand: weitere Gemeinschaftsschulen einrichten

Die Gemeinschaftsschule muss weiter gestärkt werden, um von der Grundschule bis zum Abitur eine Schule für alle sein zu können. Sie soll mehr Kindern ermöglichen, eine bruchlose Bildung zu erhalten und zu mehr Chancengleichheit beizutragen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Carl-von-Ossietzky-Gemeinschaftsschule neben den Sekundarstufen I und II nun auch eine Grundschule aufbauen und integrieren kann.

Wir werden die Lina-Morgenstern-Schule als weitere Gemeinschaftsschule im Bezirk unterstützen, wenn sie über die Sekundarstufe I hinauswächst und im Verbund das Abitur anbieten kann. Wir wollen den beiden Gemeinschaftsschulen nach dem Ende der Pilotphase einen festen Platz in unserer Schullandschaft sichern.

Vielfalt stärken: individuelle Förderung an Gymnasien

Unser Bezirk verfügt über sehr nachgefragte Gymnasien mit zwölfjährigem Bildungsgang. Wir wollen sie erhalten und besser machen. Deshalb wollen wir, dass die Gymnasien besondere Unterstützung bei der Förderung schwächerer Schüler im Probeschuljahr (7. Klasse) erhalten. Auch die Begabtenförderung ist uns wichtig. Wir wollen, dass das System der Begabtenförderung evaluiert und möglichst zielgruppengenau ausgerichtet wird.

Bei der Chancengleichheit ernst gemacht: das Bonusprogramm

Unabhängig von der Schulform wollen wir schwächere Schüler*innen stärker unterstützen. Diese Unterstützung sollte aber nicht auf Kosten anderer Schüler*innen gehen. Schulen mit besonderen Anforderungen – sogenannte Bonusschulen – erhalten deshalb zusätzliche Mittel, die sie eigenverantwortlich einsetzen dürfen.

Die Schulen in Friedrichshain-Kreuzberg haben hohen Anteil am Bonus-Programm und können bis zu 100.000 Euro pro Schule zusätzlich einsetzen. Diese Mittel helfen unseren Schulen, den gerade in unserem Bezirk häufig vorzufindenden signifikanten Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Lernerfolg zu durchbrechen.

Das Bonusprogramm

Schulen qualifizieren sich für das Bonusprogramm, wenn mehr als 50 Prozent der Schüler*innen von der Zuzahlung zu Lehrmitteln befreit sind. Die zusätzliche Unterstützung setzt sich aus verschiedenen Komponenten zusammen und kann bis zu 100.000 Euro betragen. Über die Mittelverwendung entscheidet die Schulleitung.

Gutes Essen für alle: das Schulmittagessen

Dass alle Schüler*innen am Schulmittagessen teilnehmen können, ist für uns ein wichtiger Teil von Chancengleichheit. Dazu gehören eine kostengünstige Subventionierung des Essens und hochwertige, schmackhafte Mahlzeiten. Wir haben uns als SPD im Bezirk aber auch im Land Berlin zusammen mit vielen Eltern sehr engagiert dafür eingesetzt, dass heute ein an Qualität

orientierter Festpreis für das Schulesen gezahlt werden kann. Auch wurde das Auswahlverfahren transparenter gestaltet - Eltern und Schulen werden beteiligt.

Damit niemand zurückbleiben muss und nicht am Essen teilnehmen kann, wurde der Härtefallfonds eingerichtet. Er kann von denen genutzt werden, die den Beitrag am Schulesen nicht zahlen können und denen keine gesetzlichen Ermäßigungen zur Verfügung stehen. Damit hat die SPD ein wichtiges Ziel erreicht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Erreichte auch in Zukunft erhalten bleibt.

Herausforderungen meistern, Chancen nutzen: die Umsetzung der Inklusion

Unser Ziel, dass alle Kinder gleichberechtigt gemeinsam lernen, erfordert die konsequente Umsetzung der Inklusion. In unserem Bezirk gibt es dankenswerterweise eine hohe Bereitschaft vieler Schulen, sie einzuführen oder weiterzuentwickeln. Die Charlotte-Salomon-Grundschule und die Schule am Königstor werden gemeinsam mit Schulen aus anderen Bezirken am Landesprogramm „Inklusive Schwerpunktschulen“ teilnehmen. Weitere Schulen haben bereits Interesse an der Teilnahme an Folgeprogrammen gezeigt.

Wir sind uns bewusst, dass die praktische Umsetzung der Inklusion Schulen und Schüler*innen vor Herausforderungen stellen wird. Deshalb werden wir jeden Schritt auf dem weiteren Weg zur inklusiven Schule aktiv unterstützen, zum Beispiel indem wir dafür kämpfen, zusätzliche Landesprogramme nutzen zu können.

Inklusion

Inklusion heißt Zugehörigkeit, im Gegensatz zu Ausgrenzung. In inklusiven Schulen werden Kinder mit Behinderungen genauso unterrichtet, wie alle anderen Kinder auch. Damit das funktioniert, muss die Schule barrierefrei werden. Das fängt bei Rollstuhlrampen an, geht aber noch viel weiter. Ob mehr Platz oder neue Möglichkeiten, dem Unterricht zu folgen: der Abbau von Barrieren nutzt am Ende allen.

Die Inklusion wurde in der UN-Behindertenrechtskonvention festgeschrieben, die für Deutschland 2009 in Kraft getreten ist. Die Umsetzung der Inklusion ist deshalb eine rechtliche Verpflichtung.

Von der Ankunft bis zum Regelunterricht: Willkommensklassen

Die Einbeziehung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in unseren Schulalltag ist aus unserer Sicht eine der größten Chancen für eine erfolgreiche Integration geflüchteter Menschen in unserem Bezirk. Dabei darf es nicht bei gesonderten Willkommensklassen bleiben: wir werden dafür sorgen, dass alle Kinder so schnell wie möglich gemeinsam im Regelunterricht lernen.

→ *Weitere Informationen zu den Willkommensklassen und zu unserem Ziel, Schüler*innen so schnell wie möglich in den Regelunterricht zu übernehmen, finden Sie im Kapitel „Integration“.*

Die Zukunft gemeinsam mit neuen Nachbar*innen gestalten

Als Sozialdemokrat*innen arbeiten wir für ein buntes, weltoffenes Friedrichshain-Kreuzberg ohne Fremdenfeindlichkeit und Hass. Dass Menschen verschiedenster Herkunft gleichberechtigt zusammenleben, hat bei uns Tradition. Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg ist stolz darauf, diese Tradition politisch mitgeprägt zu haben.

Wir vertreten eine Integrationspolitik, die keine Gruppe zurücklässt oder von gesellschaftlicher Teilhabe ausschließt. Menschen, die schon länger im Bezirk leben und solche, die seit kurzem hier auf der Flucht vor Krieg, Terror und Verfolgung angekommen sind, dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Verantwortung übernehmen heißt für uns, die Bedingungen für eine erfolgreiche Integration von geflüchteten Menschen zu schaffen. Dabei werden wir uns für eine möglichst dezentrale Unterbringung, eine gute medizinische Versorgung und den verstärkten Schutz besonders gefährdeter Menschen einsetzen. Auch komplizierte Probleme werden wir offen ansprechen und lösen. Es geht aber um mehr als Hilfe in Krisenzeiten: Wir wollen für alle Menschen in unserem Bezirk gerechte Chancen und Teilhabe. Für Geflüchtete, Menschen mit Migrationshintergrund und alle anderen kämpfen wir deshalb für inklusive Bildung, einen fairen Arbeitsmarkt und eine vielfältige Verwaltung.

Das haben wir erreicht:

- ✓ Kurzfristige Unterbringung vieler Geflüchteter.
- ✓ Erfolgreiche Zusammenarbeit mit ‚Friedrichshain hilft‘, ‚Kreuzberg hilft‘ und anderen Initiativen.
- ✓ Klare Haltung und Strategien gegen rechts.
- ✓ Ausbau der Willkommensklassen und Betreuungsangebote für geflüchtete Kinder.

Das haben wir vor:

- ✗ Verbesserung der Unterbringungssituation für Geflüchtete.
- ✗ Effektiverer Schutz von Menschen mit besonderem Bedarf.
- ✗ Ausweitung des Beratungs- und Fortbildungsangebots für Ehrenamtliche und Sozialarbeiter*innen.
- ✗ Erleichterter Zugang zu Bildung und Ausbildung für Migrant*innen.
- ✗ Stärkere Berücksichtigung interkultureller Aspekte in bezirklichen Verwaltungsstrukturen.

In unserer Mitte statt am Rand: Unterbringung

Integration kann nur gelingen, wenn wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Geflüchtete auch tatsächlich mit uns zusammen in unserem Bezirk leben können.

Wir machen uns seit langem gegen die Zweckentfremdung von Wohnungen stark. Wohnraum darf nicht zum Spekulationsobjekt werden, sondern muss für alte und neue Bewohner*innen unseres Bezirks zur Verfügung stehen.

→ Mehr dazu, wie wir das erreichen wollen, finden Sie im Kapitel „Mieten“.

Wir unterstützen Initiativen zur Unterbringung von Geflüchteten in privaten Wohnungen und setzen uns für eine Förderung durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGESo) ein. Um eine würdige und angemessene Unterbringung zu gewährleisten, müssen Notunterkünfte wieder zur Ausnahme und die noch belegten Turnhallen möglichst zügig freigezogen werden. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass die Geflüchteten möglichst ortsnah untergebracht werden, um sie nicht aus ihrem sozialen Umfeld zu reißen.

Notunterkünfte

Notunterkünfte sind normalerweise eine kurzfristige Unterbringungsform für den Katastrophenfall. Eine langfristige Unterbringung von Geflüchteten in Turnhallen wollen wir nicht.

Nicht alle Geflüchtete werden in bestehenden Wohnungen untergebracht werden können. Deshalb ist auch der Bau von Wohnungen und Gemeinschaftsunterkünften dringend geboten. Dabei legen wir Wert auf Nachhaltigkeit. Modulare Flüchtlingsunterkünfte (MUF) sind im Bezirk nur dort zu errichten, wo keine endgültige Planungsabsicht besteht. Ghettobildung durch langfristig bestehende Sondersiedlungen akzeptieren wir nicht.

Modulare Flüchtlingsunterkünfte (MUF)

Diese Unterkünfte werden aus fertigen Bauteilen errichtet und sind deshalb schneller bezugsfertig. Der Senat plant mit fünfgeschossigen Fertighäusern aus Stahlbeton. Sie sollen über Einzel- und Doppelzimmer mit Gemeinschaftsküchen und -bädern verfügen. Pro Standort sollen 500 Personen Platz finden.

Wir setzen uns auf Landesebene dafür ein, dass frühzeitig nach geeigneten Betreibern und Gebäuden für Flüchtlingsunterkünfte gesucht wird, in denen Menschen von Anfang an unter Maßgabe von Familien-, Frauen- und Minderheitenschutz untergebracht werden.

Die Einhaltung von Mindeststandards muss regelmäßig und vor Ort überprüft werden. Wir fördern Kooperationen zwischen Bezirk, Betreiber*innen und lokalen Initiativen. Bei Hinweisen auf Unterschreitungen der Standards werden wir schnell und entschieden eingreifen, um Missstände zu beheben.

Mehr als Mindeststandards: Prävention und medizinische Versorgung

Eine gelungene Integration kann nur der zweite Schritt nach einer gastfreundlichen Aufnahme und guten Versorgung von Geflüchteten sein. Dazu gehört entscheidend eine gute medizinische Versorgung.

Wir wollen bestehende Konzepte zur Krankheitsprävention, medizinischen Betreuung und Behandlung endlich konsequent umzusetzen. Mit der Einführung der Gesundheitskarte für alle geflüchteten Menschen haben wir auf Landesebene die Voraussetzung für eine reguläre Gesundheitsversorgung geschaffen.

Auf Bezirksebene setzen wir uns dafür ein, dass alle Zugangshürden zur medizinischen Versorgung abgebaut werden. Dazu gehört auch, dass die Verständigung zwischen medizinischem Personal und Patient*innen gewährleistet ist. Hier sollen mobile Übersetzer*innenteams unterstützend tätig werden.

Sicherheit effektiv gewährleisten: Hilfe für besonders schutzbedürftige Gruppen

Besonders schutzbedürftige Gruppen brauchen vor allem Sicherheit. Wir befürworten deshalb die Errichtung einer gesonderten Gemeinschaftsunterkunft auf dem Bezirksgebiet für Frauen, Kinder und queere Geflüchtete. Beim Personal, insbesondere im Bereich Security, setzen wir uns dafür ein, dass in den Unterkünften auch weibliches Personal angestellt wird.

Die Präsenz des Jugendamts in Notunterkünften muss erhöht werden, um familienspezifische Angebote zu vermitteln sowie das Kinder- und Jugendförderungsprogramm auch geflüchteten Kindern und Jugendlichen zugänglich zu machen. Dazu ist es notwendig, die finanzielle und personelle Ausstattung des Jugendamts zu verbessern. Wir fordern, dass in allen Unterkünften in Friedrichshain-Kreuzberg Schutzräume für Mädchen und Frauen geschaffen werden, um ge-

schlechtsspezifische Gewalt zu vermeiden, z.B. durch abschließbare Zimmer und Sanitäranlagen, spezifische Frauenräume und/oder durch getrennte Flure für alleinreisende Frauen auch mit ihren Kindern.

Der Wachschatz muss gemischt geschlechtlich besetzt sein. Zu den frauenspezifischen Bereichen der Unterkünfte soll nur weibliches Wachpersonal Zugang haben.

Auf der Landesebene setzen wir uns dafür ein, dass das Integrationslotsinnen und -Integrationslotsenprogramm weiter verstärkt wird.

Integrationslotsinnen und Integrationslotsen

Integrationslots*innen vermitteln zwischen Neubürger*innen und Behörden, Bildungs-, Gesundheits- und Jugendeinrichtungen. Ende 2014 wurde das Programm um die Hilfe für geflüchtete Menschen erweitert und ist auch in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften aktiv.

Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus schützen: Umgang mit prekären Lebenssituationen

Integrationspolitik in einem vielfältigen Bezirk darf nicht bedeuten, dort wegzusehen, wo die Not am schlimmsten ist. Die Ereignisse auf dem Oranienplatz und der Gerhart-Hauptmann-Schule zeigen, dass Selbstbestimmung nur funktionieren kann, wenn es klare Regeln gibt, an die sich die Beteiligten halten.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Geflüchteten im Bezirk unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus Hilfe erhalten. Ausbeutung von Menschen in prekären Lebenslagen akzeptieren wir nicht. Probleme werden wir offen ansprechen und lösen.

Dabei darf die Hilfe für Menschen ohne Fluchterfahrung, die aber in Folge ihres Migrationshintergrunds vor besonderen Herausforderungen stehen, nicht vernachlässigt werden.

Freiwillige fördern und stärken: Integration und Ehrenamt

Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg dankt allen, die sich in der Hilfe für geflüchtete Menschen engagieren. Sowohl in der Nothilfe als auch in der Integration von Geflüchteten leisten sie unschätzbare wertvolle Arbeit.

Wir wissen, dass Helfer*innen mehr noch als Lob praktische Unterstützung brauchen. Deshalb setzen wir uns für ihre Interessen ein, dringen auf bessere Arbeitsbedingungen und bekämpfen ausbeuterische Strukturen. Ehrenamt darf keine regulären Arbeitskräfte ersetzen oder dauerhaft unbezahlte Arbeit leisten. Dort wo im Kern soziale Arbeit geleistet wird, haben Ehrenamtliche einen Anspruch auf einen fairen Lohn.

Zur Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit gehört für uns auch der Ausbau der Qualifikationsmöglichkeiten für Ehrenamtliche und die Beseitigung von Hindernissen bei der ehrenamtlichen Tätigkeit. Hilfe kann Menschen auch in persönliche Grenzsituationen führen. Wir streben deshalb ein besseres Informationsangebot für Helfer*innen an, die Beratung brauchen. Zudem werden wir ein Angebot für Supervision und Weiterbildung für Ehrenamtliche schaffen. Als Zeichen der Anerkennung setzen wir uns dafür ein, dass Ehrenamtliche die Rote Karte für Lebensmittelhygiene sowie weiterhin das erweiterte polizeiliche Führungszeugnis vom Bezirksamt kostenlos erhalten.

Als SPD im Bezirk ist uns die Unterstützung von ehrenamtlichen Gruppen vor Ort besonders wichtig. Unsere Solidarität mit Initiativen wie *Kreuzberg hilft* werden wir weiterhin entschlossen zeigen und uns im Konfliktfall für die Interessen der Helfer*innen stark machen. Um nachhaltiges Engagement zu ermöglichen, muss der Bezirk langfristig Räumlichkeiten für die Initiativen zur Verfügung stellen und Möglichkeiten für hauptamtliche Unterstützung prüfen.

Wichtig ist uns aber auch die Sicherung und Stärkung von bestehenden ehrenamtlichen Netzwerken zur Integration von Migrant*innen. Je weiter die akute Nothilfe auch bei Geflüchteten in

den Hintergrund treten kann, desto stärker werden die Gemeinsamkeiten zwischen allen Initiativen deutlich werden, die sich in unserem Bezirk für Integration engagieren. Wir haben diese Initiativen in der Vergangenheit unterstützt und werden auch weiterhin an ihrer Seite stehen.

Gemeinsam lernen: Willkommensklassen und inklusive Bildungspolitik

Bildung ist sowohl ein Menschenrecht als auch die vielleicht entscheidendste Brücke zu einer gelungenen Integration. Wie alle anderen Kinder auch, sind geflüchtete Minderjährige schulpflichtig. Um die Einhaltung der Schulpflicht zu gewährleisten, müssen die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Wir setzen uns für eine Ausweitung der Willkommensklassen ein. Um einen zügigen lückenlosen Besuch dieser Klassen zu ermöglichen, sollen Familien mit Kindern bei der Umverteilung in Unterkünfte eine Sonderstellung erhalten. So wird auch die Einschulung erleichtert.

Willkommensklassen

Der Unterricht für Kinder und Jugendliche, die noch vor kurzem auf der Flucht durch Kriegs- und Krisengebiete waren, stellt Lehrkräfte vor eine besondere Herausforderung. In Willkommensklassen werden diese Schüler*innen kompetent betreut und durch intensiven Sprachunterricht auf die Teilnahme am regulären Schulunterricht vorbereitet.

Willkommenschulen, die nur geflüchteten Minderjährigen offenstehen, lehnen wir ab. Integration und Bildung müssen zusammen gedacht werden, die Ausweitung des Bildungsangebots muss allen Kindern im Bezirk zugutekommen.

Derzeit werden Kinder im Vorschulalter weit überwiegend im Rahmen der Flüchtlingsunterkünfte selbst betreut. Mittel- und langfristig werden wir darauf hinwirken, dass geflüchtete Familien von Anfang an vollen Zugang zu regulären Angeboten haben. Dazu ist eine Verbesserung der Infrastruktur für die frühkindliche Bildung insgesamt notwendig.

Wir glauben, dass Integration durch Bildung vor allem dann gelingen kann, wenn unsere Kitas und Schulen offen, bunt und inklusiv sind. Davon profitieren nicht nur Geflüchtete und Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, sondern wir alle.

Gemeinsam arbeiten: früher Zugang, gute Ausbildung, faire Chancen

Der Zugang zu Ausbildung und zum Arbeitsmarkt ist eine Grundvoraussetzung für gelungene Integration bei Erwachsenen. Wir befürworten den frühzeitigen Zugang zum Arbeitsmarkt für geflüchtete Menschen mit hoher Bleibeperspektive und eine aktive Arbeitsmarktpolitik für Zuwander*innen.

Um den Einstieg ins Erwerbsleben zu erleichtern, setzen wir uns für einen Ausbau des Angebots von Deutschkursen und Weiterbildungen an den Volkshochschulen ein. Wir unterstützen Initiativen wie *arrivo*, die bei der Arbeitsmarktintegration eine wichtige Rolle übernehmen.

Der Arbeitsmarktzugang für geflüchtete Menschen soll verstärkt in das Bezirksliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit aufgenommen werden. So können Vermittlungshemmnisse abgebaut, weitere Möglichkeiten zur Arbeitsmarktvermittlung geschaffen und Qualifizierungsmaßnahmen entsprechend der besonderen Bedürfnisse dieser Gruppe umgesetzt werden. Eine bezirkliche Kampagne soll bei den Friedrichshain-Kreuzberger Unternehmen offensiv dafür werben, geflüchteten Menschen Praktika und Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Wir werden uns weiterhin für eine Arbeitsmarktpolitik einsetzen, die Herausforderungen für Menschen mit Migrationshintergrund besonders berücksichtigt und dafür sorgt, dass alle Menschen in unserem Bezirk eine gerechte Chance auf gute Arbeit haben.

Empowerment von Geflüchteten

Unser Ziel ist es, Geflüchtete aktiv in die Gestaltung und Organisation der Unterkünfte einzubinden. Dafür richten wir demokratische Selbstverwaltungsorgane wie Ältestenräte ein, die den Geflüchteten eine Stimme geben. Wir unterstützen Maßnahmen, die zur Demokratisierung in Geflüchtetenunterkünften und somit zu Empowerment von Geflüchteten führen. Denn wir werden weniger über, sondern mehr mit Geflüchteten sprechen. Dazu gehört für uns auch die Stärkung von Migrantenselbstorganisationen.

Ein Bezirksamt so bunt wie unser Bezirk: interkulturelle Verwaltung

Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Bezirk der Vielfalt. Da Migrationspolitik eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe ist, muss das Bezirksamt mit gutem Beispiel voran gehen und noch mehr dafür tun, dass Migrant*innen und ihre Bedürfnisse in jedem Bereich der Verwaltung angemessen vertreten sind.

Der Anteil von Migrant*innen unter den Mitarbeiter*innen soll zunehmen. Dazu kann das Bezirksamt durch gezielte Ausbildung selbst beitragen. Gleichzeitig müssen Entscheidungen und Programme stärker an den Bedürfnissen von Menschen mit Migrationshintergrund ausgerichtet werden.

Mobilität für alle

Mobilität ist eine wichtige Frage für das Zusammenleben in Friedrichshain-Kreuzberg: Nur wer sich frei durch unseren Bezirk und unsere Stadt bewegen kann, hat eine Chance auf wirkliche Teilhabe. Als Sozialdemokrat*innen setzen wir deshalb auf eine Verkehrspolitik, die Freiräume bewahrt und vergrößert. Dazu gehören bezahlbare U- und S-Bahnen, Busse, Trams und Züge genauso wie eine Verkehrsinfrastruktur und Verkehrsplanung, die sich nicht nur an den Stärksten im Straßenverkehr orientiert.

Verantwortung übernehmen heißt für uns, in oft langwierigen Planungs- und Bauverfahren verlässlich und unnachgiebig dafür zu sorgen, dass alle Menschen in unserem Bezirk berücksichtigt werden. Dabei wird unser Schwerpunkt in den nächsten fünf Jahren auf der Sanierung und dem Ausbau der Fahrrad- und Fußgänger*inneninfrastruktur und des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) liegen.

Das haben wir erreicht:

- ✓ Zusätzliche Fahrradabstellplätze gebaut, u. a. am Moritzplatz und an vielen Umsteigehaltestellen.
- ✓ Parkraumbewirtschaftung zur Entlastung der Anwohner*innen zwischen Ostkreuz und Ostbahnhof ausgeweitet.
- ✓ Umbau der Warschauer Straße inklusive Radwege auf beiden Seiten.
- ✓ Mehr Fahrten von stark frequentierten Bahn- und Buslinien im Bezirk.
- ✓ Das Ostkreuz erhält einen direkten Tramanschluss.
- ✓ Schulwegsicherung an der Pettenkofer-Grundschule.

Das haben wir vor:

- ✗ Planung zur Verlängerung der M10 zum Hermannplatz vorantreiben.
- ✗ Alle S- und U-Bahnhöfe im Bezirk barrierefrei machen und die Sauberkeit und Sicherheit erhöhen.
- ✗ Bordsteinkanten absenken, Ampelphasen weiter an schwächeren Verkehrsteilnehmer*innen ausrichten.
- ✗ Fuß- und Radverkehrsinfrastruktur verbessern, um Konflikte zwischen Fußgänger*innen, Autofahrer*innen und Radfahrer*innen zu vermeiden.
- ✗ Schulwegsicherung weiterhin prioritär behandeln.
- ✗ Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung.

Bezahlbare Angebote statt Profit: keine Privatisierung der Deutschen Bahn oder der S-Bahn

Gerade in unserem Innenstadtbezirk entscheiden sich viele Bürger*innen bewusst gegen ein Auto, andere sind auch aus Kostengründen auf öffentliche Angebote angewiesen, um mobil zu bleiben. Deshalb bekennen wir uns uneingeschränkt zur Stärkung und zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) als eines der zentralen Instrumente zur Sicherstellung von Mobilität für alle Bürger*innen. Damit seine Nutzung attraktiv bleibt und noch attraktiver wird, müssen die Preise mindestens stabil bleiben.

Die Erfahrung zeigt, bei „Privat vor Staat“ passiert das Gegenteil: Privatisierungen verursachen zusätzliche Kosten, die dann Steuerzahler*innen und vor allem weniger wohlhabende Menschen tragen müssen. Deshalb sind wir entschieden gegen eine Privatisierung der Deutschen Bahn oder der S-Bahn Berlin. Auch die BVG soll weiterhin zu 100 Prozent im Eigentum des Landes Berlin bleiben.

Bevölkerungswachstum abbilden: Taktzeiten von Bussen und Bahnen erhöhen

Mit der Bevölkerung in unserem Bezirk wächst auch der Bedarf an öffentlichen Verkehrsmitteln. Wir glauben, eine Investition in mehr öffentliche Mobilität lohnt sich. Dazu ist ein engmaschigeres Netz von Verkehrsverbindungen nötig und die Taktzeiten für viele Linien müssen erhöht werden. Busse und Bahnen müssen häufiger fahren. Hier sind BVG und S-Bahn in der Pflicht.

Verlängerung bis zum Frankfurter Tor: Weiterbau der U1 umsetzen

Wir setzen uns beim neuen Berliner Senat für einen Weiterbau der U-Bahn Linie 1 ein. Ursprüngliche Planungen sehen eine Verlängerung bis zum U-Bahnhof Frankfurter Tor vor. Die Verlängerung halten wir nach wie vor für sinnvoll. Sie hat für uns Priorität, um die hauptsächlich im Westteil der Stadt verkehrende Linie 1 mit der U5 zu verbinden und die stark befahrene Tramlinie M10 zu entlasten. Auch eine Verlängerung der U1 bis zum neuen Bahnhof Ostkreuz ist denkbar, mitsamt der Einrichtung eines Zwischenbahnhofs „Modersohnbrücke“. Der Vorteil einer solchen Verlängerung wären sicherlich die geringeren Kosten einer oberirdischen Trassenführung.

Neue Ost-West-Verbindung schaffen: Brommy-Brücke wieder aufbauen, Verlängerung der M10 planen

Mobilität bedeutet für uns auch, die beiden Teile unseres Bezirks noch besser zu verbinden. 15 Jahre nach der Bezirksfusion fehlen weiterhin direkte Verbindungen zwischen den Stadtteilen Friedrichshain und Kreuzberg. Das wollen wir ändern. Wir setzen uns für den Neubau der ehemaligen Brommy-Brücke als Fußgänger*innen- und Fahrradfahrer*innenbrücke über die Spree ein.

Außerdem fordern wir, die Planungen für eine Verlängerung der Tramlinie M10 von der Warschauer Straße Richtung Hermannplatz wieder aufzunehmen, zu aktualisieren und verschiedene Alternativen ergebnisoffen zu prüfen. Eine Verlängerung der M10 würde auch eine schnellere Anbindung Friedrichshains und des östlichen Kreuzbergs an Nord-Neukölln schaffen. Bei den Planungen ist eine breite Beteiligung der Bürger*innen schon im frühen Stadium zu gewährleisten.

Anbindungen verbessern und Umgebung aufwerten: Ostkreuz und Ostbahnhof

Im Hinblick auf den Umbau des Ostkreuzes kämpfen wir weiterhin für eine zügige Umsetzung der direkten Anbindung des Bahnhofs durch die Tramlinie 21 von der Boxhagener Straße über die Holtei- und Sonntag- zur Marktstraße. Gleichzeitig setzen wir uns für eine umfassende Verkehrsberuhigung und bauliche Umgestaltung der betroffenen Straßen ein, um die Lärm- und Verkehrsbelastung der Anwohner*innen so gering wie möglich zu halten. Eine Bebauung der freierwerdenden Flächen im Bereich der alten S-Bahn-Nordkurve am Ostkreuz lehnen wir ab.

Sowohl die beiden Beamtenwohnhäuser als auch den Wasserturm wollen wir als Denkmale erhalten und streben eine möglichst öffentliche Nutzung dieser prägenden Bahnbauten an. So setzen wir uns für eine öffentliche Aussichtsplattform auf dem Wasserturm Ostkreuz mit einer passenden Aufzugsanlage im Industriedesign des 20. Jahrhunderts ein. Auch am neuen Ostkreuz selbst gibt es in den kommenden Jahren noch viel zu tun: Wir wollen weiterhin, dass alle Bereiche des Bahnhofs barrierefrei zugänglich sein werden. Deshalb soll die denkmalgeschützte Fußgängerbrücke beim Wiederaufbau gleich zusätzlich mit Aufzügen an den Abgängen ausgestattet werden. Das schafft künftig zusätzliche Querungsmöglichkeiten für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen zwischen den umliegenden Quartieren am Ostkreuz. Der Bahnhof soll die bestmögliche Verkehrsanbindung an das BVG-Netz und den Regionalverkehr erhalten. Deshalb begrüßen wir es auch, dass die Ostbahn künftig über Lichtenberg hinaus bis zum Bahnhof Ostkreuz geführt werden soll.

Der Stralauer Platz und die Gegend um den Ostbahnhof müssen städtebaulich dringend aufgewertet werden. Der Ostbahnhof muss auch weiterhin ein wichtiger Fernverkehrsbahnhof bleiben. Außerdem schlagen wir vor, mittelfristig die Tramlinie M13 in Richtung Mercedes-Benz-Arena zum Ostbahnhof zu verlängern.

Mehr Sicherheit und Sauberkeit: S- und U-Bahnhöfe einladender machen

Der ÖPNV muss nicht nur bezahlbar bleiben, er soll auch noch attraktiver werden. Wir fordern zur besseren Information und zur erhöhten Sicherheit vor Ort Bahnsteigpersonal auf allen S- und U-Bahnhöfen in Friedrichshain-Kreuzberg. Auch die S-Bahnhöfe müssen wie bereits die U-Bahnhöfe künftig mit einer umfassenden Videoüberwachung ausgestattet werden. Wir setzen uns auch für mehr Sauberkeit auf den großen Umsteigebahnhöfen Warschauer Straße, Yorckstraße und Ostkreuz ein.

Bewegungsfreiheit nicht nur für die Starken: soziale Verkehrsplanung durchsetzen

Mobilität ist mehr als der öffentliche Personennahverkehr. Nur wenn sich alle mit dem Auto, vor allem aber mit dem Fahrrad oder zu Fuß problemlos bewegen können, ist sie tatsächlich verwirklicht. Die Verkehrsplanung übersieht dabei häufig Kinder, ältere Menschen und Menschen mit einer Mobilitätseinschränkung. Wo andere sich ganz selbstverständlich bewegen können, sind Wege für sie mühsam oder sogar gefährlich. Verkehrssicherheit ist deshalb eine Frage der Solidarität in unserem Bezirk. Wir wollen unter anderem, dass sich Ampelphasen in Zukunft stärker an den Interessen von Fußgänger*innen, besonders an älteren und mobilitätseingeschränkten Menschen orientieren.

Auch bauliche Maßnahmen können zu besserer Mobilität beitragen: Wir werden dafür sorgen, dass hohe Bordsteinkanten abgesenkt und für sehingeschränkte Menschen bemerkbarer gemacht werden. Jede Verkehrs- und Grünfläche muss barrierefrei zugänglich sein. Das gilt insbesondere für den Gleisdreieckpark.

S- und U-Bahnhöfe müssen durchweg über Lifte zugänglich sein. Der S-Bahnhof Yorckstraße und der U-Bahnhof Möckernbrücke haben dabei für uns Priorität, bis zum Ende der Legislaturperiode wollen wir die restlichen U-Bahnhöfe im Bezirk barrierefrei machen. Für rund 20 Millionen Euro sollen die Bahnhöfe Platz der Luftbrücke, Schlesisches Tor, Gneisenaustraße, Moritzplatz, Görlitzer Bahnhof und Schönleinstraße Aufzüge erhalten. Viele dieser Maßnahmen sind in unsere Gesamtstrategie für die bezirksweite Inklusion eingebettet.

→ Lesen Sie dazu mehr im Kapitel „Gesundheit, Soziales & Inklusion“.

Tempo 30 durchsetzen, Durchgangsverkehr reduzieren, Schul- und Kitawege sicherer machen: Verkehrsberuhigung

Gerade für schwächere Verkehrsteilnehmer*innen ist ein schneller und unregelmäßiger Autoverkehr eine besondere Belastung. Ältere Menschen müssen ohne Sorge die Straße überqueren können. Kinder dürfen nicht durch Raser*innen in Gefahr gebracht werden, wenn sie zur Kita, zur Schule oder auf den Spielplatz gehen.

Wir setzen uns, wie schon in der vergangenen Wahlperiode, für eine Ausweitung der Verkehrsberuhigung in unserem Bezirk ein. Darunter verstehen wir vor allem die Ausweisung neuer Geschwindigkeitsbegrenzungen oder Tempo 30-Zonen und bessere Kontrollen. Dazu gehört für uns aber auch die Schließung von Straßen für den Durchgangsverkehr und die Prüfung neuer Begegnungszonen bzw. Modelle von „shared space“ – allerdings nur nach vorheriger, vollumfassender Bürger*innenbeteiligung. Eine lieblose Gestaltung solcher Zonen, wie in der Maaßenstraße in unserem Nachbarbezirk Schöneberg zu beobachten, lehnen wir ab. Vor allem für den Bergmannkiez streben wir ein übergreifendes Verkehrskonzept mit dem Ziel einer Verkehrsberuhigung im gesamten Kiez und einer spürbaren Reduzierung des Durchgangsverkehrs an.

Wir wollen weniger Durchgangsverkehr in den Wohngebieten – im Interesse der Anwohner*innen, Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen. Überall dort, wo Kinder auf dem Weg zur Schule, zur Kita oder Spiel- und Sportplätzen sind, werden wir weitere Verkehrsberuhigungen prüfen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Fuß- und Radwegführung rund um Schulen, insbesondere Grundschulen, kindergerecht ausgestattet ist. Vor Schulen und in der Nähe von Kitas, Sportstätten und sonstigen Freizeiteinrichtungen für Kinder sollten die Ampeln so geschaltet sein, dass sie besonders schnell auf Querungsbedarfe reagieren. Wir werden weiterhin auf die Umsetzung unserer

Forderungen von Spielstraßen wie der Niemannstraße und einem Teil der Liebigstraße drängen, aber auch weitere Spielstraßen ausweisen.

Konflikte entschärfen, Geh- und Radwege sanieren und ausbauen: die grüne Vernachlässigung des Fahrradverkehrs beenden

Bei Konflikten im Straßenverkehr geht es nicht immer um den Autoverkehr. Das häufig nicht einfache Verhältnis zwischen Fußgänger*innen und Radfahrer*innen wird oft übersehen. Wir glauben, viele dieser Konflikte ließen sich mit einer durchdachteren Verkehrsplanung entschärfen. So enden beispielsweise Radwege in Friedrichshain-Kreuzberg viel zu häufig auf dem Bürgersteig oder werden über Bushaltestellen geführt. Wir setzen uns für eine bauliche Trennung der Rad- und Gehwege in der Frankfurter Allee ein. Auch fehlen asphaltierte Radstreifen auf Kopfsteinpflasterstraßen wie z.B. in der Kreuzberger Friesenstraße, sowie der Voigt- und Samariterstraße im Friedrichshainer Nordkiez. Das treibt Radfahrer*innen auf den Bürgersteig, auch wenn das Fahren dort nicht erlaubt ist. Nicht zuletzt fehlen Radabstellplätze in den Einkaufszonen und vor den Wohnhäusern – auch hier kommen sich Fußgänger*innen und Radfahrer*innen unnötig in die Quere. Diese Defizite der Fuß- und Radwegführung in einem schon so lange grün regierten Bezirk sind unverständlich und müssen behoben werden. Wir setzen uns für ein gutes Miteinander von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen ein.

Für die nächsten fünf Jahre haben wir uns vorgenommen, dem Fußgänger*innen- und Fahrradverkehr mehr Gewicht zu verleihen. Autoparkplätze wollen wir in Stadtgrün oder Fahrradparkplätze umwidmen. Beides fehlt an allen Ecken und Enden des Bezirks. Bei der Festlegung der bezirklichen Investitionen in die Infrastruktur soll die Sanierung und der Neubau von Fahrradwegen und -streifen verstärkt in den Mittelpunkt rücken. So hat die SPD bereits in der Vergangenheit eine neue Nord-Süd-Querung Friedrichshains für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer durchgesetzt. Auch in Zukunft wollen wir uns im Bezirk für solche Projekte der öffentlichen Infrastruktur stark machen. Besonders wichtig ist uns die Sanierung der Geh- und Fahrradwege entlang der Petersburger Straße, des Mehringdammes und der Urbanstraße. Wir fordern eine Änderung der Parkplatzsituation an der Petersburger Straße für sichere Rad- und Gehwege.

Jede größere Straße soll perspektivisch einen eigenen Fahrradstreifen erhalten, auch wenn dies möglicherweise auf Kosten von Parkplätzen geht. Zu nennen ist dabei insbesondere der Kottbusser Damm. Darüber hinaus wollen wir die Einrichtung weiterer Fahrradstraßen im Bezirk prüfen, in denen sich der Fahrradverkehr und der motorisierte Individualverkehr gleichberechtigt begegnen. Wir setzen uns für eine flächendeckende Aufstellung von Fahrradbügeln und die Errichtung eines Fahrradparkhauses am Ostkreuz und an weiteren geeigneten Stellen im Bezirk ein.

Freie Fahrt für ÖPNV und Fahrradfahrer*innen: Grüne Welle und Grüner Pfeil

Wir fordern einen Ausbau der Grünen Welle für den ÖPNV und auch für Fahrradfahrer*innen, um Alternativen zum Auto noch attraktiver zu machen. Auch der sogenannte Grüne Pfeil für Radfahrer*innen muss an geeigneten Kreuzungen schnell und unkompliziert geprüft und eingeführt werden. Die Schnelligkeit einiger Verkehrslinien, insbesondere der Tram, leidet sehr unter dem ständig kreuzenden Autoverkehr. Hierfür beispielhaft genannt sei die Linie M10.

Anwohner*innen entlasten: die Parkraumbewirtschaftung ausweiten

Natürlich besitzen viele Menschen in unserem Bezirk weiterhin ein Auto, bei begrenztem Parkplatzangebot müssen sie Vorrang haben. Wir wollen, dass Anwohner*innen den Familieneinkauf nicht über weite Strecken tragen müssen, sondern leichter einen Parkplatz in der Nähe der eigenen Wohnung finden. Deshalb setzen wir uns für die flächendeckende Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in Friedrichshain-Kreuzberg ein.

Unser Ziel ist die Entlastung der motorisierten Anwohner*innen und die Schaffung von zusätzlichem Stadtgrün und zusätzlichem Fahrradparken durch einzelne wegfallende Autoparkplätze. In der Vergangenheit sind wir vehement und mit großem Erfolg für eine Parkraumbewirtschaftung

tungszone zwischen Ostkreuz und Straße der Pariser Kommune eingetreten – unter umfassender Bürger*innenbeteiligung.

Beantragt haben wir bereits die Ausweisung neuer Zonen nach Erarbeitung eines entsprechenden bezirklichen Gesamtkonzepts. Besonders am Herzen liegen uns dabei die Kieze, die sich am Rande bereits eingerichteter Zonen befinden und unter verstärktem Parksuchverkehr leiden. Die Ausweisung von Zonen der Parkraumbewirtschaftung darf nämlich nicht zu Lasten anderer Anwohner*innen gehen. Insbesondere werden wir uns deshalb für die neuen Zonen in Friedrichshain im Rudolfskiez, Samariterkiez und Petersburger Kiez und im Kreuzberger Wrangelkiez einsetzen. Anwohner*innen bekommen Bewohner*innenparkausweise,

Der Bewohner*innenparkausweis

Mit dem Bewohner*innenparkausweis können Menschen, die in einer Parkraumbewirtschaftungszone leben, ohne zusätzliche Kosten im Umfeld ihrer Wohnung parken. Zonen sind dabei so zugeschnitten, dass die Entfernung zwischen Parkplatz und Wohnung zumutbar bleibt.

Chaos an Baustellen vermeiden: Verkehrslenkung Berlin (VLB) personell aufstocken

Nicht alle verkehrspolitischen Fragen lassen sich auf Bezirksebene entscheiden, bei wichtigen Durchgangsstraßen muss beispielsweise das Land handeln. Damit das in Zukunft besser funktioniert, wollen wir eine deutliche personelle Verstärkung der Verkehrslenkung. Die Zusammenarbeit zwischen der VLB und den bezirklichen Stellen muss zum Wohle aller Verkehrsteilnehmer*innen verbessert werden, damit in Zukunft mehr Straßen schneller verkehrsberuhigt und chaotische Zustände in Baustellenbereichen vermieden werden können. Die Schulwegsicherung liegt uns dabei ganz besonders am Herzen.

Verkehrslenkung Berlin (VLB)

Die VLB ist für die Hauptverkehrsstraßen Berlins zuständig. Sie entscheidet unter anderem über die Ampelsteuerung und Maßnahmen zur Verkehrssicherheit und ist bei Baustellen, Großveranstaltungen und Schwertransporten zuständig.

Gegen horrenden Baukosten, für durchdachte verkehrspolitische Massnahmen: Nein zur A100!

Verantwortliche Verkehrspolitik heißt für uns, deutlich „Nein“ zu sagen, wenn Verkehrsprojekte kein Gewinn für die Bürger*innen in unserem Bezirk sind. Wir sprechen uns gegen eine Verlängerung der Bundesautobahn A100 aus. Es ist ein Fehler, dass bereits in dieser Legislaturperiode mit dem Bau des 16. Abschnitts zwischen Grenzallee und Treptower Park begonnen wurde. Auch einen Weiterbau in Form des 17. Bauabschnitts bis zur Frankfurter Allee lehnen wir ab.

Zum einen halten wir die dafür anfallenden horrenden Kosten, die diesen Abschnitt zum teuersten Abschnitt in der Geschichte der bundesdeutschen Autobahn machten, für nicht vertretbar. Dieses Geld ist bei der Umsetzung anderer verkehrspolitischer Maßnahmen deutlich besser aufgehoben. Zum anderen lehnen wir einen Verschiebebahnhof der Verkehrsbelastungen am Ende des jeweils zuletzt realisierten Bauabschnitts der Autobahn ab. Solange es kein realistisches, mit einem konkreten Zeitplan versehenes und ausfinanziertes Konzept einer Schließung des Autobahnringes gibt, werden wir uns auf allen Ebenen gegen den Weiterbau der A100 einsetzen.

Der jetzt entstehende Endpunkt der A100 am Treptower Park ist daher nicht als Provisorium bis zum Weiterbau sondern als endgültige Lösung auszugestalten. Die für den Bau der Autobahn vorgesehenen Flächen des ehemaligen Containerbahnhofs Frankfurter Allee wollen wir künftig als Wohn- und Erholungsflächen nutzen sowie soziale Infrastruktur dort schaffen.

Die Bahnflächen des ehemaligen Betriebswerks südlich der Eisenbahnlinie zwischen Modersohnbrücke und Ostkreuz wollen wir für Gewerbe entwickeln. Und im Bereich der Modersohnstraße wollen wir die Flächen für künftige Schul- und Sportplatzweiterungen sichern.

Gute Arbeit zu fairen Löhnen

Die SPD ist die Partei der Arbeit. Unser Ziel ist es, allen erwerbsfähigen Berliner*innen die gesellschaftliche Teilhabe durch Arbeit zu ermöglichen. Armut und Arbeitslosigkeit können und müssen bekämpft werden. Bildung und Qualifizierung sind Voraussetzung für sozialen Aufstieg und Integration in den regulären Arbeitsmarkt. Diesen Weg wollen wir im Rahmen der bezirklichen Handlungsmöglichkeiten für mehr Menschen öffnen.

Verantwortung zu übernehmen heißt für uns, so früh wie möglich anzusetzen, um den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern und Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern. Für Arbeitssuchende werden wir auf eine wirklich individuelle Betreuung durch das JobCenter und wirksame Maßnahmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit drängen. Verantwortung übernehmen heißt für uns aber auch, die Einhaltung der Rechte von Beschäftigten sicherzustellen und dafür zu sorgen, dass gute Arbeit fair bezahlt wird.

Das haben wir erreicht:

- ✓ Die schulische Berufs- und Studienorientierung durch klare Standards aufgewertet.
- ✓ Die Beratung von Jugendlichen durch die Umsetzung der Jugendberufsagentur gestärkt.
- ✓ Die Langzeitarbeitslosigkeit mit allen bezirklichen Mitteln bekämpft.

Das haben wir vor:

- ✗ Verbesserung der Dienstleistungen des JobCenters.
- ✗ Frühzeitige Berufsorientierung für Jugendliche.
- ✗ Gründung eines bezirklichen Unternehmensnetzwerks für Praktika.
- ✗ Stärkere Unterstützung von Zuwander*innen bei der Arbeitssuche.
- ✗ Ausweitung der öffentlich geförderten Beschäftigung.
- ✗ Mehr Kontrollen zur Durchsetzung von Mindestlohn und Vergabegesetz.
- ✗ Fairer Lohn für soziale Berufe.

Mehr Klarheit vor dem Schulabschluss: die Berufsorientierung für Schüler*innen verbessern

Der beste Weg die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen ist, es gar nicht erst zu Arbeitslosigkeit kommen zu lassen. Uns ist es deshalb wichtig, dass alle Schüler*innen die Schule mit einer klaren Perspektive und beruflichen Möglichkeiten verlassen.

Mit dem neuen Landeskonzept für Berufs- und Studienorientierung (BSO) hat die SPD Mindeststandards zur Berufs- und Studienorientierung gesetzt und die Grundlage für eine systematische Vorbereitung von Schüler*innen der allgemeinbildenden weiterführenden Schulen auf die Arbeitswelt geschaffen. Wir werden die Schulen in unserem Bezirk bei der Umsetzung unterstützen.

Im Rahmen des Konzepts, aber auch darüber hinaus, werden wir Kooperationen zwischen Unternehmen und Schulen in Friedrichshain-Kreuzberg weiterhin unterstützen und ausbauen. Wir setzen uns für die Gründung eines bezirklichen Unternehmensnetzwerks zur Vergabe von Praktika ein. Unser Ziel ist es, die schulische und berufliche Ausbildung im Bezirk besser zu verzahnen. Die Zusammenarbeit mit der bezirklichen Wirtschaftsförderung werden wir in diesem Kontext stärken.

Landeskonzept für Berufs- und Studienorientierung (BSO)

Das BSO-Konzept wurde 2015 beschlossen und betrifft alle Schüler*innen. Sie bekommen damit künftig Angebote zur weiteren Förderung ihrer Berufswahlkompetenz und nehmen an Maßnahmen der Berufs- und Studienorientierung (BSO) teil. Ziel des Konzepts ist, dass jede Schülerin und jeder Schüler die allgemeinbildende Schule mit einer konkreten Anschlussperspektive verlässt.

Das Konzept sieht aufeinander aufbauende Betriebsbegegnungen von der 7. bis 10. Jahrgangstufe vor.

Bessere Beratung für Jugendliche: die Jugendberufsagentur

Auch außerhalb der Schule haben Jugendliche einen Anspruch auf gute Beratung. Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg hat sich deshalb schon in der Vergangenheit dafür eingesetzt, ein umfassendes Übergangsmangement zu verankern, um die Vielzahl von Initiativen und Ausbildungsprogrammen, die häufig nebeneinander her laufen, systematisch und dauerhaft miteinander zu vernetzen und die duale Ausbildung zu stärken.

Mit der Initiative der Jugendberufsagentur auf Landesebene haben wir dafür auch in Friedrichshain-Kreuzberg die Grundlage geschaffen. Friedrichshain-Kreuzberg gehört zu den ersten Bezirken, denen eine Jugendberufsagentur eingerichtet worden ist. Ziel der Jugendberufsagenturen ist es, junge Menschen passgenau zu beraten, zu unterstützen und zu vermitteln, um ihnen einen besseren Übergang von der Schule in die berufliche Erstausbildung zu ermöglichen. Dazu arbeiten die Berufsberatung der Agenturen für Arbeit, U25-Teams der JobCenter, Berater*innen der Jugendhilfe und beruflichen Schulen in Friedrichshain-Kreuzberg sowie die Schuldner*innen- und Suchtberatung und psychosoziale Betreuung unter einem Dach zusammen.

Bei der Zusammenarbeit der Jugendberufsagentur mit Schulen in Friedrichshain-Kreuzberg muss ein besonderes Augenmerk auf Schulen in sozial schwieriger Lage gelegt werden und insgesamt die Kooperation mit den Berufs- und Studienorientierungsteams (BSO-Teams) an den Schulen im Blick behalten werden. Im Rahmen der Jugendberufsagentur kommt dem dreiköpfigen BSO-Team, bestehend aus einer Lehrkraft der jeweiligen Schule, dem Berater der beruflichen Schulen und einem Berufsberater der Agentur für Arbeit eine Schlüsselfunktion zu, weil sie die Berufs- und Studienorientierung an den Schulen koordinieren und die Jugendlichen an die Jugendberufsagentur vermitteln. Auf diese Weise können insbesondere unversorgte Jugendliche nach der Schule Anschluss an die berufliche Bildung finden.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Jugendberufsagenturen setzen wir uns für eine stärkere Einbindung von Jugendlichen im Rahmen einer Jugendvertretung ein. Über Schüler*innenvertretungen, den Landesjugendring oder Jugendgewerkschaften soll die Zielgruppe der Jugendberufsagenturen auch selbst Mitbestimmungsmöglichkeiten bekommen.

Dienstleistung statt Bürokratie: Verbesserung des Jobcenters

Arbeitssuchende Menschen haben einen Anspruch auf wirksame Unterstützung und individuelle Betreuung. Damit sich das JobCenter zu einem wirklichen Dienstleister für Arbeit suchende Menschen entwickelt, werden wir auf eine kundenfreundliche, verständliche und zügige Beratung und Betreuung von Kund*innen durch das JobCenter hinwirken.

Wer finanzielle Ansprüche hat, braucht sofortige Hilfe und keine langen Wartezeiten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Wartezeiten für den Erhalt kommunaler Sozialleistungen wie z.B. Wohngeld oder Elterngeld verbessert werden. Informationen dazu müssen leicht zugänglich und jederzeit abrufbar sein.

Die Anzahl der Geflüchteten, die auf die regulären Leistungsansprüche des JobCenters angewiesen sind, steigt. Der Mehrbedarf an Beratung und Vermittlung muss durch mehr Personal und Budget aufgefangen werden. Dafür werden wir uns auf Landesebene einsetzen.

Niemanden aufgeben: Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen

Arbeitslosigkeit bedeutet nicht nur ein finanzielles Lebensrisiko, sondern auch eine emotionale Belastung. Das betrifft insbesondere die Langzeitarbeitslosen. Unser Ziel ist es individuell passende Unterstützungsangebote anzubieten, um ihnen den Zugang auf dem ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die SPD hat sich beim bezirklichen JobCenter erfolgreich dafür eingesetzt, die Eingliederungshilfen für Langzeitarbeitslose vollständig auszuschöpfen, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Für Personen, denen der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt auf absehbare Zeit aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen faktisch unmöglich ist, ist ein sozialer Übergangsarbeitsmarkt der öffentlich geförderten Beschäftigung erforderlich.

In der Trägerversammlung des JobCenters wollen wir darauf hinwirken, dass alle passenden Möglichkeiten der öffentlich geförderten Beschäftigung für die Menschen im Bezirk genutzt werden. Dabei werden wir besonders Wert auf eine Ausschöpfung der bereitgestellten Mittel zur Eingliederung in Arbeit, die Nutzung von Entscheidungsspielräumen zugunsten der Betroffenen und eine transparente, bürgerfreundliche Verwaltungspraxis legen.

Jobs für Zuwander*innen: Integration durch Beschäftigung

Nach wie vor bleibt ein hoher Anteil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Zuwanderungsgeschichte ohne Schul- und Berufsabschluss. Die SPD in Friedrichshain-Kreuzberg setzt sich für den gleichberechtigten Zugang von Zuwander*innen zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ein. Die hohe Anzahl der jungen Geflüchteten stellt uns in den kommenden Jahren vor neuen Herausforderungen. Die Hälfte der Asylbewerber*innen ist unter 25 Jahre alt.

Zur schnellen Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt sollen die bezirklichen Angebote eng mit denen des Landes, des JobCenters und der Arbeitsagentur abgestimmt werden. Die deutsche Sprache ist für die meisten Ausbildungsberufe Voraussetzung für den erfolgreichen Abschluss und muss durch Sprachtrainings in der Berufsausbildung gefördert werden.

Unser Ziel ist es, die Ausbildungsquote von jungen Zuwander*innen zu steigern. Dabei spielt das System der dualen Berufsausbildung eine große Rolle. Weil viele Zuwander*innen dieses System aus ihren Herkunftsländern nicht kennen, sind die Vorteile einer Berufsausbildung den meisten Jugendlichen und ihren Eltern nicht immer klar. Wir setzen uns daher für eine Informationskampagne der dualen Ausbildung durch die Kammern ein, die gezielt Eltern und Jugendliche sowie junge Erwachsene mit Zuwanderungsgeschichte anspricht.

Nicht irgendeine, sondern gute Arbeit: Mindestlohn und Vergabegesetz durchsetzen

Arbeitsmarktpolitische Instrumente werden wir stets daraufhin prüfen, ob sie die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ermöglichen und den Zielen unseres Leitbilds der Guten Arbeit entsprechen. Wir setzen uns für mehr Kontrollen bei der Einhaltung des Mindestlohnes und des Vergabegesetzes ein. Gute Arbeit muss auch dort Standard sein, wo der Bezirk Verantwortung trägt.

Gute Arbeit anerkennen: fairer Lohn für soziale Berufe

Wir setzen uns auf der Landesebene dafür ein, die Arbeit von Beschäftigten in sozialen Berufen, insbesondere Erzieher*innen, entsprechend ihrer Bedeutung für die Gesellschaft zu bewerten. Das heißt auch, wo immer möglich, höhere Eingruppierungen für diese Berufsgruppen festzulegen.

Neben den Erziehungsberufen sind insbesondere auch Pflegeberufe deutlich unterbewertet. Wir unterstützen die deutliche Anhebung der Vergütungen rund um Erziehung und Pflege und die Verbesserung der Betreuungs- bzw. Personalschlüssel. Zugleich unterstützen wir den Ausbau von Qualifizierungsangeboten für Quereinsteiger in die sozialen Berufe um den absehbaren Fachkräftebedarf zu decken.

Das haben wir erreicht:

- ✓ Qualifizierung von „Stadtteilmüttern“ und Überführung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse
- ✓ Aufbau und Unterstützung erfolgreicher Projekte in den Bereichen Erziehungsberatung und -hilfe sowie Familienförderung.
- ✓ Die Vielfalt von Kinder- und Jugendfreizeitstätten in freier und öffentlicher Trägerschaft erhalten.
- ✓ Verbesserung des Jugendschutzes.

Das haben wir vor:

- ✗ Verstetigung von Modellprojekten zur Unterstützung nach der Geburt.
- ✗ Ausbau der Familienzentren.
- ✗ Bessere personelle Ausstattung für das Jugendamt und stärkere Verzahnung zwischen Jugendamt und familienunterstützenden Hilfen.
- ✗ Bessere Berücksichtigung des Platzbedarfs für stationäre Hilfe in der Stadtplanung.
- ✗ Die Rahmenbedingungen für ein aktives Leben im Alter verbessern.
- ✗ Mehr und bessere Senior*innenfreizeitstätten.

Zusammenhalt in allen Lebensphasen

Als Sozialdemokrat*innen sind wir davon überzeugt, dass die Solidarität und die Gemeinschaft zwischen Generationen ein entscheidender Bestandteil von sozialer Gerechtigkeit ist.

Familie ist für uns überall, wo Menschen füreinander dauerhaft Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken. Die Vielfalt der Lebensentwürfe von Familien zeigt sich gerade in Friedrichshain-Kreuzberg in den verschiedensten Formen des Zusammenlebens. Eine zukunftsfähige Politik für Familien muss sich dieser Vielfalt bewusst sein und entsprechende Angebote machen.

Zu einem lebendigen Bezirk gehören für uns aber gerade auch ältere Menschen, die mit ihrer Lebensleistung und ihrer Lebenserfahrung in die Mitte unserer Gemeinschaft gehören. Diesem Anspruch wollen wir durch eine Politik Rechnung tragen, die Chancen eröffnet und einlädt, sich einzubringen und dabei zu sein.

Verantwortung heißt für uns deshalb, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass sich Menschen jeden Alters und jeder Lebensphase in unserem Bezirk wohl fühlen können. Dazu gehören für uns eine frühzeitige Unterstützung von Familien, Räume in denen sich Kinder und Jugendliche sicher entfalten können und eine umfassende Teilhabe für ältere Menschen.

Unterstützung am Anfang des Familienlebens: Infrastruktur für Hilfe und Bildung

Insbesondere vor und nach der Geburt benötigen Familien verstärkte Unterstützung. Daher ist es auch notwendig, mehr Familien als bisher zu Hause aufzusuchen, um sie frühzeitig über Beratungs- und Hilfsangebote zu informieren. Modellprojekte wie die Familienhebammen sind erfolgreich. Wir setzen uns für eine Verstärkung ein.

Große Erfolge bringen in unserem Bezirk etablierte Projekte der Familienbildung und -beratung, z. B. HIPPI, Rucksack und die Stadtteilmütter. Diese Projekte zielen darauf ab, in Kooperation mit Kitas und Schulen Familien bei der Förderung ihrer Kinder zu unterstützen. Wir werden diese erfolgreichen Ansätze weiterführen und niedrigschwellige, kultursensible Angebote für Familien ausbauen, die die Erziehungskompetenz von Eltern stärken, das Bewusstsein für die frühkindliche Bildung schärfen und die frühkindliche Sprachförderung unterstützen.

Wir sehen in dem weiteren Ausbau der Angebote der Familienbildung die am besten geeignete Strategie, um Familien zu stärken und die Fähigkeiten und Begabungen von Kindern optimal zu fördern. Die in unserem Bezirk in allen acht Regionen etablierten Familienzentren sind wichtige Anlaufpunkte für Familien. Hier erhalten sie kompetente Beratung und Unterstützung, treffen sich mit anderen Familien und gestalten ihre Freizeit. Wir werden die Familienzentren erhalten und die Angebote weiter ausbauen.

Familien fördern und stärken: Hilfen Zur Erziehung

Familien haben einen Rechtsanspruch auf familienunterstützende Hilfen, wenn ein Bedarf nachgewiesen wird. Es bedarf weiterhin der engen Abstimmung zwischen Jugendamt und den Akteur*innen der familienunterstützenden Hilfen, um Hilfen angemessen und zielorientiert einzusetzen und das Hilfesystem ständig zu verbessern. Eine hinreichende personelle Ausstattung des Jugendamtes ist dafür eine wesentliche Voraussetzung. Wir setzen uns auf der Landesebene für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Hilfen zur Erziehung und für eine bessere Personalausstattung der Jugendämter ein.

Aufgrund starker Mietsteigerungen ist es für die Träger von Angeboten stationärer Hilfen, z. B. sozialpädagogisch betreute Wohngruppen oder -gemeinschaften immer schwieriger, Trägerwohnungen in der Innenstadt zu erhalten oder einzurichten. Wir setzen uns dafür ein, dass bei Neubauvorhaben dieser Bedarf stärker berücksichtigt wird.

Angebote bewahren, neue Zielgruppen erschließen: Kinder- und Jugendfreizeitstätten

Die SPD hat in Friedrichshain-Kreuzberg durchgesetzt, dass in unserem Bezirk eine vielfältige Landschaft an Kinder- und Jugendfreizeitstätten in freier und öffentlicher Trägerschaft erhalten worden ist. Wir setzen uns auf der Landesebene für eine verlässliche Finanzierung dieser Einrichtungen ein, die einen wichtigen Beitrag für die Umsetzung des Bildungsauftrags der Jugendhilfe leisten. Die inhaltliche Profilierung und sozialräumliche Vernetzung der Kinder- und Jugendfreizeitstätten, die bauliche Unterhaltung und die Erweiterung der Angebote stehen dabei im Mittelpunkt. Die interkulturelle und inklusive Ausrichtung der Angebote sowie verstärkte geschlechtsspezifische pädagogische Angebote tragen dazu bei, neue Zielgruppen zu erschließen und den nachbarschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Den Schutz von Kindern und Jugendlichen garantieren: Netzwerk Kinderschutz und Berliner Notdienstsystem

Auf Initiative der SPD ist in den letzten Jahren der Kinderschutz in Berlin verbessert worden. Durch das Netzwerk Kinderschutz ist die Zusammenarbeit zwischen dem Jugendamt und allen Institutionen, die mit Kindern, Jugendlichen und Familien arbeiten, klar geregelt. Bei Kindeswohlgefährdungen bestehen klare Vorgaben für alle Beteiligten, damit das Jugendamt unverzüglich einschreiten kann. Die Hotline Kinderschutz ist an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr erreichbar.

Das Berliner Notdienstsystem liegt in der Verantwortung des Bezirkes Friedrichshain-Kreuzberg. Wir wollen, dass es seine Aufgaben zum Schutz von Kindern und Jugendlichen auch in Zukunft erfüllt. Dafür wollen wir die Einrichtungen des Notdienstsystems personell verstärken.

Vom Ehrenamt bis zur Freizeit: gesellschaftliche Teilhabe für ältere Menschen

Die Zahl der älteren Menschen wird in den nächsten Jahren in Berlin weiter steigen. Wir wollen älteren Menschen eine umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen und sie weiterhin in die kommunalen Entscheidungsprozesse einbeziehen. Unser Blick wird sich noch stärker darauf richten, dass ältere Menschen viele Möglichkeiten haben und suchen, sich für die Gemeinschaft zu engagieren, sich weiterzubilden, möglichst lange eigenständig in ihrem vertrauten Wohnumfeld zu leben, ihre Freizeit anspruchsvoll zu gestalten und an politischen Entscheidungen mitzuwirken.

Viele ältere Menschen sind ehrenamtlich engagiert, z. B. in Sportvereinen, in Bewohner*inneninitiativen, in Quartiersräten, im Kulturbereich, in der Senior*innenarbeit, aber auch in der Jugend- und Bildungsarbeit. Wir wollen die Rahmenbedingungen für eine aktive, selbstbestimmte, gesunde und zufriedene Lebensphase nach dem Erwerbsleben verbessern. Die sehr gute und enge Zusammenarbeit mit der Senior*innenvertretung des Bezirks bleibt für uns selbstverständlich.

Zu einer guten Infrastruktur für Ältere gehört auch ein ausreichendes, qualitativ hochwertiges Netz von Senior*innenfreizeitstätten als wohnortnahe Angebot.

Gleichstellung durchsetzen für Frauen

Das haben wir erreicht:

- ✓ Verbot von sexistischer Werbung auf bezirkseigenen Werbeflächen
- ✓ Bessere Ausstattung von Frauenhäusern
- ✓ Einführung des Weltmädchentags in Friedrichshain-Kreuzberg

Das haben wir vor:

- ✗ Straßenumbenennung nach der LSBTI-Person
- ✗ Stärkung des Mädchen- und Frauensports
- ✗ Unterstützung von Opfern für Gewalt oder Zwangsheirat und Zufluchtsmöglichkeiten weiter ausbauen

Als Sozialdemokrat*innen wollen wir eine Stadt für alle, gemacht von Menschen für Menschen: solidarisch – bürger*innennah – frei – innovativ. Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Bezirk, in dem Menschen freier und egalitärer leben können als an vielen anderen Orten. Aber auch bei uns ist noch längst nicht in allen Lebensbereichen eine Gleichstellung erreicht. Verantwortung zu übernehmen heißt für uns, die schon erreichte Gleichstellung zu erhalten und dort, wo es Defizite gibt, die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Wohn- und Mietenprojekte

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg soll ein Modellprojekt „Alleinwohnen mit Kindern“ entwickeln. Mit diesem Projekt sollen insbesondere werdende und sich trennende Mütter unterstützt werden, damit sie nicht aus dem Bezirk gedrängt werden.

Wir wollen mehr Unterkünfte für wohnungslose Frauen in Friedrichshain-Kreuzberg bauen.

Teilzeitausbildung im Bezirksamt einführen

Um alleinerziehenden Frauen den Einstieg in den Öffentlichen Dienst zu ermöglichen, soll das Bezirksamt auch Ausbildung in Teilzeit anbieten und die entsprechenden Fördermöglichkeiten in Anspruch nehmen.

Nein zu Gewalt gegen Frauen, Zwangsheirat und Gewalt aufgrund der sexuellen Identität

Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg verurteilt jede Form von Gewalt, Zwangsverheiratung, sexuelle Belästigung und homophobe Gewalt. Opfer von Gewalt, sexueller Belästigung oder Zwangsheirat müssen unterstützt werden.

Wir brauchen eine bessere Ausstattung des Bezirks mit Mädchenkrisenwohnungen, Zufluchtswohnungen und Plätzen in Frauenhäusern. Auch soll es in Zukunft ein Angebot für Männer geben, die zwangsverheiratet werden sollen. Wir wollen die Beratungsangebote ausbauen sowie die Sensibilisierung in Schulen und Jobcentern vorantreiben. Wir wollen eine Kultur des Hinsehens und nicht des Wegschauens fördern. Mehr Präventionsarbeit mit Jugendlichen in den Schulen ist notwendig.

Wir fordern eine stärkere Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen. Die Lebensmodelle in unserem Bezirk sind vielfältig. Dieses Klima der Vielfalt und Toleranz gilt es zu fördern. Jeder Form von Intoleranz treten wir entschieden entgegen.

Die bezirkliche Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte stärken

Wir setzen uns für eine bessere finanzielle Ausstattung der bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten ein. Die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit müssen verbessert werden, damit sie ihre anspruchsvollen und vielfältigen Aufgaben erfüllen kann.

Frauen sichtbar machen: aktive Gedenkarbeit

Wir wollen die Benennungen nach verdienten Frauen im Bezirk erhöhen und Frauen bei der Benennung nicht nur von Straßen, Plätzen und Brücken, sondern auch von Schulen, Bibliotheken und Sportplätzen vorrangig berücksichtigen. Auch Frauen mit Zuwanderungsgeschichte sind nach wie vor kaum vertreten und sollen ebenfalls berücksichtigt werden.

Frauen- und Mädchensport stärken

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg hat sich im Rahmen des Pilotprojektes zur „Schaffung geschlechtergerechter Zugangsvoraussetzungen zu öffentlich geförderten Sportanlagen“ seit dem Jahr 2004 intensiv dem Thema der Förderung des Mädchen- und Frauensports zugewandt. Durch die Bemühungen vieler Akteurinnen und Akteure in Politik, Verwaltung und Sport, seit Beginn der gemeinsamen Arbeit, konnte der Anteil der weiblichen Mitglieder in den Sportvereinen von 28 auf 33 Prozent gesteigert werden.

Wir wollen, dass auch weiterhin Sportfeste, Aktionstage, Fußballturniere und Sportangebote stattfinden, bei denen die Mädchen und Frauen die unterschiedlichsten – auch frauenuntypische – Sportarten ausprobieren und testen können. Das erfolgreiche Mädchensportfest „leyla rennt“ soll fortgeführt werden.

Ebenfalls soll der erfolgreiche „Innovationspreis zur Förderung des Mädchen- und Frauensports“ vom Bezirksamt - Fachbereich Sport weitergeführt werden. Der Preis soll die Ehrenamtlichen ermutigen, Angebote zu schaffen, die den Wünschen und Bedürfnissen dieser Zielgruppe entgegen kommen und für dieses Engagement eine Wertschätzung ausdrücken.

Eine wichtige Forderung ist der Bau, Umbau und die Instandsetzung von Sportanlagen. Diese sollen den Anforderungen von Mädchen und Frauen gerecht werden.

Sexistische Werbung verbieten

Wir Sozialdemokrat*innen finden: Auf Werbeflächen sollten diskriminierende Rollenbilder nicht propagiert werden. Im Februar 2014 haben wir deshalb gemeinsam mit anderen Fraktionen beschlossen, dass auf bezirkseigenen Werbeflächen künftig keine diskriminierende, frauenfeindliche und sexistische Werbung mehr zugelassen werden soll. Wenn Verträge für bezirkseigene Werbeflächen neu geschlossen oder nachverhandelt werden, wird nun ein Passus eingefügt, der diskriminierende Werbung verbietet. Für einen Teil der Werbeflächen gelten die neuen Regeln bereits, etwa für 23 Werbetafeln an den Prinzessinnengärten am Moritzplatz.

Auf Bundesebene setzt sich die SPD Friedrichshain-Kreuzberg darüber hinaus für eine Erweiterung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) um § 7a ein. Dieser soll diskriminierende Werbung verbieten.

Solidarisch und gesund Leben

Für Sozialdemokrat*innen ist eine Gesellschaft nicht vorstellbar, an der einige im vollen Maße teilhaben und andere nur eingeschränkt oder überhaupt nicht. Wo Gesundheit oder persönliche Notlagen Menschen einschränken, ist es unser Ziel, Solidarität zu organisieren. Wo die Gesellschaft bewusst oder unbewusst Hürden aufbaut, müssen wir eingreifen.

Verantwortung heißt für uns deshalb, den Einfluss von Politik und Verwaltung zu nutzen, um Menschen die Teilhabe an unserer Gesellschaft zu sichern, die in der Mehrheitsgesellschaft nicht immer automatisch zum Zuge kommen. Dabei setzen wir unter anderem auf die Stärkung der sozialen Infrastruktur, die Bekämpfung der Wohnungslosigkeit und eine sozialpolitische Antwort auf das Problem der Drogenabhängigkeit.

Es geht uns aber nicht nur um die Bewältigung von Grenz- und Notsituationen, sondern auch darum, Menschen unnötige Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die sie von gleichberechtigter Teilhabe abhalten. Deshalb wollen wir einen barrierefreien Bezirk und werden die Inklusion konsequent voranbringen.

Das haben wir vor:

- ✗ Die soziale Infrastruktur sichern und stärken.
- ✗ Teilhabe durch kostenlose Angebote und eine Entbürokratisierung der Leistungen für Bildung und Teilhabe sichern.
- ✗ Die Übernahme von Mieten und Heizkosten durch Jobcenter und Grundsicherungsämter erleichtern.
- ✗ Die Angebote der Kältehilfe dauerhaft erhalten und ganzjährig ausreichend Notschlafplätze zur Verfügung stellen.
- ✗ Die Vernetzung der Suchthilfe mit Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen ausbauen.
- ✗ Ein umfassendes bezirkliches Inklusionskonzept umsetzen.
- ✗ Öffentliche Dienstleistungen, sportliche und kulturelle Angebote barrierefrei zur Verfügung stellen.
- ✗ Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an Politik, Bildung und Arbeit stärken.
- ✗ Die Gesundheits- und Sozialpolitik über starre Bezirksgrenzen hinaus entwickeln und wirksamer machen.

Armut und Ausgrenzung verhindern: soziale Infrastruktur stärken

Um das Ziel gleichberechtigter Teilhabe zu erreichen, muss mit der wachsenden Stadt auch die soziale Infrastruktur vergrößert und ausgebaut werden. Es ist viel zu tun: von zielgruppenorientierten sozialen Angeboten für Hilfe in schwierigen Lebenslagen über das bezirkliche Angebot der Gesundheitsförderung bis zur Beratung und Hilfe für junge Familien und Jugendliche gilt es, bewährte Strukturen zu stärken und neue Herausforderungen anzunehmen. Wir werden uns beispielsweise auch weiterhin für eine auskömmliche Ausstattung der Schuldner*innen- und Insolvenzberatungsstellen einsetzen, damit Betroffene Hilfe beim Ausweg aus der Schuldenfalle finden.

Ganz konkret geht es bei sozialer Teilhabe aber auch um Bildungs-, Freizeit-, Kultur- und Mobilitätsangebote, die kostenfrei bzw. kostengünstig bereitgestellt werden müssen, damit jede und jeder an ihnen teilnehmen kann. Aber nicht jedes Angebot wird diesem Anspruch genügen. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene auch für eine Entbürokratisierung der Leistungen für Bildung und Teilhabe ein.

Wohnungslosigkeit nicht hinnehmen: Wohnungsverlust verhindern, ganzjährig helfen

Kaum eine soziale Notsituation schneidet die Betroffenen so unbarmherzig von sozialer Teilhabe ab wie die Wohnungslosigkeit. Deshalb ist die Bekämpfung der Wohnungslosigkeit und die konkrete Hilfe für Wohnungslose ein wichtiger Schwerpunkt unserer Politik.

Wir setzen uns auf Landesebene dafür ein, dass die Übernahme von Mieten und Heizkosten durch Jobcenter und Grundsicherungsämter einfacher wird. Für Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – ihre Wohnung verloren haben, müssen ganzjährig geöffnete, unbürokratisch arbeitende Versorgungsangebote zur Verfügung stehen. Die Angebote der Kältehilfe müssen dauerhaft erhalten bleiben und in Notsituationen schnell und unkompliziert erweitert werden können.

Auf die besonderen Herausforderungen der Integration geflüchteter Menschen in den Wohnungsmarkt werden wir die sozialen Dienste in Friedrichshain-Kreuzberg noch besser vorbereiten. Die Verstärkung dieser Dienste wird dabei allen Bewohner*innen unseres Bezirks zugutekommen.

Betroffenen helfen, Dealern das Wasser abgraben: für ein stärkeres Suchthilfesystem

Zwischen sozialer Ausgrenzung und dem Missbrauch von Suchtmitteln gibt es einen direkten Zusammenhang. Der Umgang mit der Drogenproblematik ist für uns deshalb auf der Seite der Konsument*innen eine sozialpolitische Frage: wie können wir helfen? Um der Komplexität dieser Thematik gerecht zu werden und den Betroffenen geeignete Hilfsangebote zu machen, wollen wir das Suchthilfesystem weiter stärken.

Darüber hinaus gilt es, durch eine gezielte Präventionsarbeit die Aufklärung insbesondere von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, damit sie nicht zu legalen und illegalen Suchtmitteln greifen. Der Kooperation und Vernetzung der Suchthilfe mit Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen kommt hierbei eine große Bedeutung zu. Diese Zusammenarbeit wollen wir weiter ausbauen und den Aspekt der Prävention stärken.

Schwerstabhängige brauchen geeignete Orte, um unter hygienisch einwandfreien Bedingungen Drogen zu konsumieren und dort auch Zugang zu medizinischer Versorgung und sozialpädagogischer Unterstützung zu finden. Das nach langem Ringen 2009 errichtete Suchthilfezentrum in der Reichenberger Straße verbessert die Bedingungen für Schwerstabhängige wesentlich und trägt dazu bei, einer Infektion mit HIV oder Hepatitis durch verunreinigtes Spritzbesteck vorzubeugen. Zugleich erhalten die Abhängigen einen niedrigschwelligen Zugang zum Suchthilfesystem.

Aufhören, Menschen zu behindern: von der Behindertenplanung zum Inklusionskonzept

Soziale Teilhabe ist nicht nur eine Frage von Grenzsituationen, sondern hängt auch davon ab, ob wir Wege finden, Menschen in ihrem täglichen Leben Steine aus dem Weg zu räumen. Das gilt auch und gerade für Menschen mit Behinderungen, die oft erst durch schlechte Planung in ihrem Alltag eingeschränkt werden.

Die bezirkliche Behindertenplanung muss deshalb erweitert und zu einem umfassenden bezirklichen Inklusionskonzept qualifiziert werden. Das Bezirksamt muss dabei den Behindertenbeirat, die Verbände sowie weiterer Partner einbinden. Wir fordern das Bezirksamt auf, in der kommenden Wahlperiode einen konkreten Maßnahmenplan für die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention im Bezirk vorzulegen. Dieser muss für die einzelnen Fachbereiche klare Prioritäten, den möglichen Realisierungszeitraum und den konkreten Finanzierungsbedarf benennen. Dazu sollen die in anderen Bezirken gemachten Erfahrungen genutzt werden.

Ein Bezirk ohne Schranken: Barrierefreiheit zuende denken

Die Idee der Barrierefreiheit ist nicht neu, sie muss nur konsequent umgesetzt werden. Und es geht nicht nur um Rollstuhlrampen! Wie in vergangenen Jahren werden wir uns intensiv dafür einsetzen, dass Menschen mit Behinderungen an allen Bereichen des Lebens – von der Kita bis zum Beruf, vom Öffentlichen Personennahverkehr bis zum Straßenbau – gleichberechtigt teilnehmen können. Unser Ziel ist es, alle öffentlichen Dienstleistungen, sportlichen und kulturellen Angebote, die sich in älteren Gebäuden befinden, nach und nach barrierefrei zugänglich zu machen.

Soziale Angebote und Dienstleistungen müssen barrierefrei werden: wir wollen die Anzahl barrierefreier Medien in der Hauptbibliothek am Frankfurter Tor erhöhen, den Behindertensport stärken und inklusive Angebote in der bezirklichen Kinder- und Jugendarbeit ausbauen.

Wir setzen uns für die Schaffung barrierefreien Wohnraums ein. Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg wird darauf hinwirken, den Anteil senioren- und behindertengerechter Wohnungen durch Aus- und Umbau zu erhöhen. Auch bezahlbare Angebote für das so genannte Servicewohnen und für betreutes Wohnen in Wohngemeinschaften für Demenzzranke im Bezirk wollen wir weiterentwickeln. Die Kontrollen des Bezirks über die Gewährleistung von Barrierefreiheit werden wir bei privaten Neubauten erhöhen.

Mitreden und mitmachen: politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Bei allen Schritten der Inklusion ist es vor allem wichtig, dass sie weiter nicht einfach für, sondern von Menschen mit Behinderungen geplant und begleitet werden. Es ist in unserem Bezirk lange Tradition, dass Menschen mit Behinderungen sich in die Bezirkspolitik einbringen, z. B. über ihre Anliegen, die im Behindertenbeirat erörtert und beschlossen werden, aber auch über öffentliche Veranstaltungen gemeinsam mit der Bezirkspolitik. Die Ergebnisse von Politik sind nur dann gut, wenn sie auch den immer noch durch Barrieren in ihrer Teilhabe benachteiligten Gruppen zu Gute kommen und diese im Vorfeld politischer Entscheidungen weitgehende Mitbestimmungsrechte haben und wahrnehmen. Wir werden dazu etablierte Instrumente nutzen und neue Möglichkeiten der Beteiligung entwickeln.

Gemeinsam lernen und arbeiten: Teilhabe an Bildung, Ausbildung und Arbeit

Barrierefreiheit heißt vor allem auch: gleichberechtigte Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeit. Wir wollen die Inklusion an unseren Schulen verstärken und insbesondere diejenigen Schulen dabei unterstützen, die sich diesem Anliegen seit vielen Jahren widmen.

→ Weitere Informationen zur Inklusion an Schulen in unserem Bezirk finden Sie im Kapitel „Schulen“.

Durch die Koordinierung von Bezirksamt, Arbeitsagentur, Jobcenter, Unternehmen und Behindertenverbänden wollen wir den Zugang behinderter Menschen zu Ausbildung und Arbeit weiter erleichtern. Besonders wichtig ist es uns, möglichst vielen Menschen eine Arbeit zu ermöglichen, die ihren Fähigkeiten und Wünschen entspricht. Dazu muss die Inklusion in der beruflichen Ausbildung voran gebracht werden. Die Berufs- und Orientierungsangebote der Schulen im Bezirk und der Bundesagentur für Arbeit müssen verbessert und effektiver miteinander verzahnt werden. Die bezirkliche Jugendberufsagentur muss ihrer Aufgabe gerecht werden, Jugendliche mit Behinderungen einzubeziehen.

Über bürokratische Grenzen hinweg denken: Sozialraumorientierung

Voraussetzung für eine wirksame Gesundheits- und Sozialpolitik ist eine effektive Verwaltung. Dazu gehört für uns ein gut ausgestatteter öffentlicher Gesundheitsdienst. Ein wichtiger Ansatz ist für uns, nicht nur in starren bürokratischen Grenzen zu denken, sondern dort zu handeln, wo Bürger*innen leben.

Wir wollen über Ämter- und Abteilungsgrenzen des Bezirksamtes hinweg auch weiterhin sozialräumliche Konzepte im Bürger*innendialog entwickeln und Angebote der sozialen und kulturellen Infrastruktur für alle Bürger*innen nutzbar machen. Dazu gehört z.B., dass Jugendfreizeiteinrichtungen mit benachbarten Schulen und Kitas aber auch mit Senior*inneneinrichtungen und Kultureinrichtungen in regionalen Gremien zusammenarbeiten und so Angebote für alle Nachbar*innen schaffen.

Wir glauben an eine ergebnisorientierte Gesundheits- und Sozialpolitik, die weiß, was sie tut. Ein Beispiel ist die Planung und Steuerung der Angebote zur gesundheitlichen Versorgung in öffentlicher und freier Trägerschaft.

Kultur, die Brücken baut

Für die SPD ist Kultur weder Privileg noch Luxus. Wir wissen, dass Kultur Brücken zwischen sozialen Milieus, Ethnien und Religionen baut. Die lebendige und vielschichtige Kulturszene unseres Bezirks gibt ihm seinen Charakter.

Wir haben es geschafft, auch bei immer knapper werdenden Ressourcen ein eigenständiges kulturpolitisches Profil des Bezirks zu entwickeln, ein qualitativ hohes Niveau an Kulturarbeit zu bewahren und dabei, soweit die SPD das beeinflussen konnte, keine bezirklichen Kultureinrichtung zu schließen. Das soll auch so bleiben.

Verantwortung übernehmen heißt für uns, erfolgreiche und bekannte Kulturangebote mit Nachdruck zu unterstützen und gleichzeitig die experimentelle, vielseitige und kleinteilige Kulturlandschaft in unserem Bezirk, die kulturelle Bildung und die Gedenkkultur nicht zu vernachlässigen.

Das haben wir erreicht:

- ✓ Trotz knapper Kassen ein bezirkliches Kulturprofil entwickelt.
- ✓ Innerhalb des Einflussbereichs der SPD keine bezirkliche Kultureinrichtung geschlossen.

Das haben wir vor:

- ✗ Die finanzielle und personelle Ausstattung von kulturellen Institutionen weiter absichern.
- ✗ Künstler*innen unterstützen und vor Verdrängung schützen.
- ✗ Kleine alternative Kinos erhalten.
- ✗ Die Ansiedlung der Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) am Standort der Amerika-Gedenkbibliothek (AGB) sichern.
- ✗ Die Bibliotheken im Bezirk zukunftsfest machen.
- ✗ Musik- und Volkshochschulen stärken.
- ✗ Aktive Gedenkarbeit unterstützen, z.B. durch den Friedhof der Märzgefallenen als Nationaldenkmal.
- ✗ Neue Straßen und Plätze nach verdienten Frauen benennen.
- ✗ Einen Gedenkort planen und errichten, der an die Zuwanderungsgeschichte des Bezirks erinnert.

Ein starkes Fundament für die Kultur: kulturelle Institutionen absichern

Unser Bezirk verfügt über eine Vielzahl von großartigen kulturellen Institutionen von ganz verschiedener Größe und mit ganz verschiedenen Schwerpunkten. Wir sehen es als unsere Aufgabe, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit diese Vielfalt erhalten bleibt.

Das Friedrichshain-Kreuzberg-Museum (FHXB) ist von zentraler Bedeutung in der Museums- und Kulturlandschaft des Bezirks. Seine Mitarbeiter*innen leisten herausragende Arbeit. Wir wollen sie weiterhin tatkräftig unterstützen. Eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung des Museums muss für die weitere Zukunft gewährleistet sein. Auch die erfolgreiche Arbeit der Gedenktafelkommission in Verbindung mit dem FHXB muss in Zukunft weiter geführt werden. Wir werden auch weiterhin dafür kämpfen, dass der Geschichte Friedrichshains noch mehr Bedeutung beigemessen wird als bisher und dass es dazu perspektivisch eine Dauerausstellung gibt.

Das Ballhaus Naunynstrasse ist als bezirkliche Bühne weit über die Grenzen Berlins hinaus und auch international sehr erfolgreich. Seine Existenz finanziell abzusichern ist uns – wie bereits in der Vergangenheit – ein Herzensanliegen. Es muss seine weithin anerkannte Arbeit als „post-migrantisches Theater“ fortsetzen können.

Mit der Galerie im Turm am Frankfurter Tor, dem Projektraum in der Alten Feuerwache Friedrichshain und dem Kunstraum Kreuzberg im Bethanien unterhält der Bezirk drei kommunale

Galerien, die jede für sich eine erhebliche Wirksamkeit in den Bezirk hinein und darüber hinaus entfalten. Die Bewahrung ihrer wichtigen Arbeit sehen wir als eine vorrangige Aufgabe.

Besonders in der Südlichen Friedrichstadt liegen Einrichtungen, die zu den meist besuchten in Berlin gehören: Jüdisches Museum, Topografie des Terrors, Martin-Gropius-Bau, Deutsches Technikmuseum, Berlinische Galerie. Sie gehören nicht dem Bezirk, werden aber von uns unterstützt, zum Beispiel bei Entscheidungen zur Stadtplanung und bei der Akquisition von Drittmitteln.

Wir setzen uns aber auch für die Kulturstätten im Bezirk ein, die institutionell nicht an das Bezirksamt angeschlossen sind. Eine Vielzahl von Kulturstätten von sehr unterschiedlicher Größe und Bedeutung ist über den ganzen Bezirk verteilt. Neben den oben genannten Museen seien nur genannt: Museum der Dinge/Werkbundarchiv, Tiyatrom, Radialsystem V, Computerspielmuseum und über 100 private Galerien. Beispielhaft sind zudem der Verein „Kulturraum Zwinglikirche“ im Rudolfskiez und das Jugendwiderstandsmuseum Galiläakirche. Wir wollen außerdem, dass auch kleine, alternative Kinos eine Zukunft in unserem Bezirk haben – wie etwa die Tilsiter Lichtspiele in der Richard-Sorge-Straße.

Kreative brauchen Sicherheit: Künstler*innen unterstützen

Wir vergessen nicht, wem die lebendige Kulturszene in unserem Bezirk zu verdanken ist: einige tausend Menschen in Friedrichshain-Kreuzberg sind hauptberuflich, nebenberuflich oder ehrenamtlich im Bereich Kultur tätig. Ihr Engagement werden wir weiter fördern und unterstützen.

Insbesondere werden wir alles dafür tun, dass ihre Tätigkeiten trotz des gestiegenen Verdrängungsdrucks und der horrenden Mietpreise im Bezirk weiterhin eine Heimat finden.

→ *Weitere Informationen zu unseren Plänen gegen die Verdrängung von kleinteiligem Gewerbe finden Sie im Kapitel „Wirtschaft“.*

Lesen darf kein Luxus werden: Bibliotheken zukunftsfest machen

Wir haben uns in der letzten Wahlperiode intensiv für die Ansiedlung der Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) am Standort der Amerika-Gedenkbibliothek (AGB) eingesetzt. Dieses Vorhaben ist eines unserer zentralen Ziele der kommenden Jahre. Dabei werden wir auf der bezirklichen Ebene alle Möglichkeiten auch im Bereich der Stadtplanung nutzen, damit der heutige Standort der AGB die Voraussetzungen für einen Erweiterungsbau der ZLB erfüllt.

Zentral- und Landesbibliothek (ZLB)

Der Neubau der Zentral- und Landesbibliothek wurde 2011 beschlossen. Kommt die ZLB nach Friedrichshain-Kreuzberg, dann entsteht am Blücherplatz auf 37.000 Quadratmetern Nutzfläche die größte öffentliche Zentralbibliothek Europas.

Für die Bibliotheken in unserem Bezirk erarbeiten wir ein umfassendes Konzept, das der wandelnden Mediennutzung und den Anforderungen der wachsenden und sich wandelnden Stadt mit ihren vielfältigen Bewohner*innen gerecht wird. Sichtbarste Zeichen erfolgreicher sozialdemokratischer Kulturpolitik sind die interkulturelle Familienbibliothek am Kottbusser Tor und die Bezirkszentralbibliothek in der Frankfurter Allee.

Kulturelle Bildung für alle: Musik- und Volkshochschulen stärken

Unser Leitbild bleibt die „Kulturelle Bildung für alle“ durch Ausschöpfen aller erreichbaren Ressourcen, vor allem in Musikschule und Volkshochschule. In der Musikschule haben wir deshalb einen besonderen Schwerpunkt gesetzt und mit der Wiedereröffnung des Fachbereichs Rock/Pop einen Zugang auch für Kinder und Jugendliche eröffnet, die nicht von Haus aus Umgang mit klassischen Instrumenten haben.

Die Qualität der kulturellen Bildung steht und fällt mit dem Lehrpersonal. Wir werden deshalb Wege finden, die Musik- und Volkshochschulen mit einem angemessenen Personalhaushalt auszustatten. Wir werden uns weiterhin darum kümmern, die Arbeitsbedingungen der an den Schulen Beschäftigten zu verbessern.

Gegen das Vergessen: aktive Gedenkarbeit fördern

Für die SPD Friedrichshain-Kreuzberg ist Kultur auch Gedenkarbeit, denn auch das gemeinsame Erinnern baut Brücken und stärkt die demokratische Kultur in unserem Bezirk.

Wir setzen uns deshalb unter anderem dafür ein, dass in Friedrichshain-Kreuzberg an Gedenk- und Jahrestagen Veranstaltungen im Sinne einer solchen Erinnerungskultur angeboten werden. In der vergangenen Legislaturperiode wurden so Konzepte für ein würdiges Gedenken für den 9. November (Novemberpogrome), 27. Januar (Tag der Befreiung von Auschwitz), 8. Mai (Tag der Befreiung) und 1. September (Überfall auf Polen, Beginn des II. Weltkrieges) erarbeitet. Auch zukünftig sollen diese Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit Schulen oder Jugendeinrichtungen und interessierten Bürger*innen (weiter-)entwickelt und durchgeführt werden.

Seit Langem unterstützen wir die Forderung, den Friedhof der Märzgefallenen im Volkspark Friedrichshain in die Liste der Nationaldenkmäler aufzunehmen und zu einer nationalen und europäischen Gedenkstätte zu entwickeln. Der Ort, der für die Berliner Opfer der Revolution von 1848 errichtet wurde, ist als authentischer Ort der Demokratiegeschichte und Bildungsstätte von bundesweiter Bedeutung. Wir fordern, dass der Bund zusätzlich zum Land in die Finanzierung des Ausstellungs- und Gedenkortes einsteigt. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass der Bezirk den Friedhof der Märzgefallenen auch weiterhin mit einem kleinen Beitrag unterstützt. So können die bestehenden Angebote aufrechterhalten und die bisherigen Bildungsangebote – etwa Schüler*innenworkshops – weitergeführt werden.

Friedhof der Märzgefallenen

Der Friedhof der Märzgefallenen, gelegen im Volkspark Friedrichshain, ist der bedeutendste Erinnerungsort der Revolution von 1848 im ehemaligen Preußen.

Die Geschichte Friedrichshain-Kreuzberg ist auch eine Geschichte der Zuwanderung. Der Bezirk wird nachhaltig von Zuwanderer*innen geprägt. Wir wollen Menschen, die als „Gastarbeiter*innen“ kamen, den Bezirk mit aufbauten und als Kreuzberger*innen und Friedrichshainer*innen blieben, mit einem öffentlichen Gedenkort würdigen.

Auch in den verschiedenen Kiezen wollen wir Geschichtsbewusstsein stärken und setzen uns z.B. für den Geschichtspfad Stralau mit einem kleinen Museum in der Alten Dorfkirche ein.

Miteinander stark durch Sport

Sport verbindet Menschen über alle sozialen und kulturellen Grenzen, er hat deshalb eine besondere Bedeutung für uns Sozialdemokrat*innen. Über 170 Sportvereine tragen in unserem Bezirk zum sozialen Miteinander bei. Wir fördern in Friedrichshain-Kreuzberg den Sport, sowohl die freie sportliche Betätigung als vor allem auch den Vereinssport, der in besonderer Weise Menschen zusammenbringt.

Verantwortung übernehmen heißt für uns, die richtigen Prioritäten zu setzen, damit die Menschen in unserem wachsenden Bezirk ausreichend Raum und Angebote haben, um Sport zu betreiben und unsere Sportvereine in ihrer wertvollen Arbeit verlässlich zu unterstützen.

Das haben wir erreicht:

- ✓ Mit dem Gebietstausch mit Tempelhof-Schöneberg einen wichtiger Schritt für die Übernahme des Züllichauer Sportplatzes gemacht.
- ✓ Den Abriss des SEZ abgewehrt.
- ✓ Die Tennisplätze des TC Friedrichshain erhalten.
- ✓ Personalkürzungen im Mädchen- und Frauensport verhindert.
- ✓ Sportvereine bei wichtigen Ereignissen wie der „Berlinaise“ unterstützt.

Das haben wir vor:

- ✗ Sportflächen auf dem Gelände des Regenrückhaltebeckens am Columbiadamm realisieren.
- ✗ Das Baerwaldbad erhalten und die nötige Sanierung mit Mitteln des städtischen Denkmalschutzes durchführen.
- ✗ Den Kaufvertrag über das SEZ rückabwickeln und auf dem Gelände kommunale Angebote, inklusive Sportflächen, schaffen.
- ✗ Für ausreichend Sportwarte sorgen.
- ✗ Die Sportvereine bei der Integration geflüchteter Menschen unterstützen.

Mehr Platz für Sport: Sportflächen und -angebote sichern und ausbauen

Schon heute ist der Mangel an Flächen und Angeboten eines der größten Probleme für den Sport im Bezirk. Darunter leidet der Schulsport, das hält Kinder und Jugendliche davon ab, in ihrer Freizeit Sport zu treiben und darunter leiden die Vereine. Deshalb arbeiten wir ständig daran, die Schließung von Sportstätten zu verhindern und notfalls rückgängig zu machen und neue Flächen für die sportliche Nutzung zu erschließen.

Mit dem Gebietstausch mit Tempelhof-Schöneberg ist uns ein wichtiger Schritt für die Übernahme des Züllichauer Sportplatzes gelungen. Mit einer Realisierung von Sportflächen auf dem Gelände des Regenrückhaltebeckens am Columbiadamm stehen uns perspektivisch wichtige Flächen zur Entwicklung von Sportplätzen zur Verfügung. Das muss uns im Zuge der Entwicklung des Tempelhofer Feldes gelingen. Die Errichtung weniger Sportplätze und deren Mitbenutzung auf dem ehemaligen Flugfeld können die Kapazitätsmängel nur bedingt abmildern.

Mit dem Baerwaldbad, das nun über 13 Jahre von einem ehrenamtlichen Verein, dem TSB-Wasserratten betrieben wird, besitzen wir eine architektonische Perle. Hier findet Vereins- und Schulschwimmen statt. Es bleibt uns weiterhin ein wichtiges Anliegen, dass der Betrieb in seinem Bestand nicht wieder gefährdet und die geplante Sanierung mit Mitteln des städtischen Denkmalschutzes umgesetzt wird. Hier werden wir weiterhin mit Nachdruck unsere Forderungen gegenüber dem Bezirksamt geltend machen.

Die gleiche Bedeutung für den Sport hat das seit langem brach liegende Sport- und Erholungszentrum SEZ in Friedrichshain. Erfolgreich konnten alle Versuche des Investors verhindert werden, das SEZ abzureißen. Mit der nun erfolgten Planungshoheit durch den Senat verbinden wir

die Hoffnung, zusätzliche kommunale Einrichtungen wie Schulen, Kitas und Sportflächen auf dem Gelände zu entwickeln. Wir bleiben bei unserer Forderung, den Kaufvertrag mit dem Investor rückabzuwickeln.

Rückendeckung für das sportliche Ehrenamt: Sportvereine unterstützen

Sportvereine leisten einen unschätzbaren Beitrag zum Miteinander in unserem Bezirk: hier lernen Kinder und Jugendliche, zusammen für gemeinsame Ziele zu arbeiten und dass es im fairen Wettstreit keine dauerhaften Gewinner*innen und Verlierer*innen gibt. Hier verbringen Menschen mit ganz unterschiedlichen sozialen und kulturellen Hintergründen gemeinsam ihre Freizeit. Wir wollen starke Sportvereine und wir sorgen dafür, dass sie die Unterstützung bekommen, die sie brauchen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass im Zuge der Schulerweiterungsbauten bei der Errichtung von Schulsportanlagen die Belange des organisierten Sports berücksichtigt werden. Das ist uns in Zusammenarbeit mit dem Schul- und Sportamt bereits gut gelungen. Bei dem in Kürze beginnenden Bau einer Sporthalle auf dem Gelände der Lasker-Schule konnten die Tennisplätze des TC Friedrichshain erhalten bleiben und mussten nicht für schulische Belange geopfert werden.

Neben der wichtigsten Aufgabe, dem Erhalt und Ausbau von Sportflächen, bleiben wir mit unseren Bezirksverordneten weiterhin direkter Ansprechpartner für die kleineren und größeren Sorgen der Vereine und finden gemeinsam mit der Verwaltung schnelle und pragmatische Lösungen für ihre Probleme.

Diese Probleme haben oft auch mit mangelnder Finanzierung zu tun. In der Vergangenheit haben wir dafür gesorgt, dass nötige personelle Ressourcen für den Mädchen- und Frauensport in der Verwaltung nicht beschnitten wurden, um ihren Zugang zu Sportvereinen nicht zu gefährden. Als Aushängeschild setzen wir uns weiter für das jährlich stattfindende internationale Frauenfußballturnier „Discover Football“ ein. Es soll zu einer wachsenden Institution werden.

In Zukunft wird es in vielen Fällen um den richtigen Einsatz von neuen Finanzmitteln gehen. Wir wollen die dringend benötigten Sanierungen unserer Sportplätze angehen und den Sanierungsstau auflösen. Dabei ist es uns wichtig, dass in unmittelbarer Nähe der Sportflächen Schaden hervorrufende Bäume gefällt und durch tiefwurzelnde Bäume ersetzt werden.

Wir wollen auch die Zahl der Sportwarte erhöhen. Große Schlüsselverträge mit einzelnen Vereinen konnten den Personalangel in der Vergangenheit in Teilen kompensieren. Aber wir sehen hier eine kommunale Aufgabe und wollen sicherstellen, dass unser Bezirk sie erfüllt.

Oft geht es darum, Initiativen der Vereine zu fördern und sie von Seiten der Verwaltung zu unterstützen. Ein Beispiel ist der Berliner Bouleverband, der auf der Promenade der Karl-Marx-Allee bereits zum zweiten Mal die „Berlinaise“ ausgerichtet hat. Wir unterstützen unsere Kiezvereine dabei, nationale und internationale Spieler*innen unter Einbeziehung der Nachbarschaft in unseren Bezirk einzuladen und setzen uns dafür ein, den Boulevereinen ihr Spiel auf den Promenaden, z.B. am Paul-Linke-Ufer, weiterhin zu ermöglichen.

→ *Sportvereine leisten auch einen unschätzbaren Beitrag zur Integration von Menschen, die zu uns kommen. Sie dabei noch einmal besonders zu unterstützen, ist Teil unseres Konzepts für die Integration geflüchteter Menschen. Lesen Sie dazu mehr im Kapitel „Integration“.*

Strategien gegen Rechts in einem Bezirk der Vielfalt

„Kampf gegen Rechts“, das ist für uns Sozialdemokrat*innen kein politisches Ziel wie jedes andere, sondern Kern unserer politischen Identität. Als älteste deutsche Partei sind wir fest entschlossen, rechten Menschenhass nicht erst groß werden zu lassen.

Unser Bezirk ist ein Modell dafür: täglich gelingt hier bei uns ganz selbstverständlich das Zusammenleben in Vielfalt. Aber auch in Friedrichshain-Kreuzberg haben rechte Übergriffe und Hetze gegen Geflüchtete, Unterstützer*innen und ihre Unterkünfte zugenommen. Wir stehen an der Seite der Betroffenen rechter Gewalt, der Geflüchteten und der Engagierten für einen Bezirk der Vielfalt - gegen Antisemitismus, Rassismus, Homophobie, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit und andere menschenfeindliche Einstellungen und Bestrebungen.

Viele Friedrichshainer*innen und Kreuzberger*innen engagieren sich, um Geflüchtete aus aller Welt in unserem Bezirk willkommen zu heißen und sie bei der Integration zu unterstützen. Sie sind aktiv in Initiativen und Netzwerken für Toleranz, Weltoffenheit und Demokratie.

Verantwortung heißt für uns, Bürger*innen in ihrem Engagement wirksam zu unterstützen und unseren Beitrag zu leisten, um rechter Gesinnung in unserem Bezirk keinen Fußbreit Raum zu geben.

Das haben wir erreicht:

- ✓ Klare Haltung gegen Rechts und verlässliche finanzielle Unterstützung für demokratische Initiativen.
- ✓ Kofinanzierung der Aktionsfonds der Lokalen Partnerschaften für Demokratie mit Landesmitteln.

Das haben wir vor:

- ✗ Unbürokratischer Zugang zu Mitteln für Aktionen gegen Rechts.
- ✗ Auszeichnung von Initiativen mit einem Sonderpreis für Engagement fortsetzen.
- ✗ Bessere Finanzierung des Friedrichshainer Registers.
- ✗ Überprüfung des Verbots von politischen Veranstaltungen im Rathaus.
- ✗ Erarbeitung eines Leitbilds für eine weltoffene, diskriminierungsfreie Verwaltung durch das Bezirksamt.
- ✗ Weiterer Ausbau und Verstetigung der Förderung der mobilen Beratungsteams und der Opferberatung im Landesprogramm gegen rechts.

Auf die Zivilgesellschaft kommt es an: Engagement gegen Rechts unterstützen

Wir glauben, Politik kann im Kampf gegen das aktuelle Erstarken der Rechten auch und gerade dadurch einen Unterschied machen, indem sie die Zivilgesellschaft unterstützt. Am Ende kommt es immer auf das Engagement und die Vernetzung in den Kiezen an. Es sind vor allem Nachbar*innen, die rechtes Gedankengut entkräften, Geflüchtete unterstützen und andere zum Mitmachen begeistern können.

Dabei dürfen Politik und Staat vor allem nicht im Wege stehen. Der Zugang zu finanziellen Mitteln für kleinere Aktionen wie Flugblätter oder Feste muss deshalb unkompliziert möglich sein. Auf Landesebene hat die SPD durchgesetzt, dass die Aktionsfonds der Lokalen Partnerschaften für Demokratie mit Landesmitteln kofinanziert werden. Davon profitiert auch die Lokale Partnerschaft in unserem Bezirk.

Wir brauchen Ansprechpartner*innen für Initiativen und aktive Bürger*innen in der Verwaltung, die beraten und eine schnelle Umsetzung von Projekten ermöglichen.

Jedes Jahr werden die Bezirksmedaille und der Jugendengagementpreis verliehen. Die Initiativen ‚Friedrichshain hilft‘ und ‚Kreuzberg hilft‘ haben in diesem Jahr einen Sonderpreis für ihr Engagement erhalten. Diese Möglichkeit der Wertschätzung und spontanen Unterstützung von Projekten muss in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.

Das Friedrichshainer Register schafft mit der nicht-staatlichen Dokumentation von rechten, rassistischen und menschenfeindlichen Vorfällen eine wesentliche Grundlage für die Arbeit gegen Rechts. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass diese wichtige Arbeit im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechts noch stärker finanziell unterstützt wird.

Der Kampf gegen Rechts und für unsere Demokratie ist eine langfristige Aufgabe. Wir setzen uns für eine nachhaltige und verlässliche Finanzierung dieser Arbeit ein.

Raum für Protest zulassen, mit gutem Beispiel vorangehen: unser Beitrag

Demokratisches Engagement braucht Raum und Treffpunkte. Deshalb dürfen wir öffentlichen Raum nicht leichtfertig für zivilgesellschaftliche und demokratische Nutzungen aufgeben: Die Möglichkeiten von Gegenprotest und Auflagen müssen genutzt werden. Das Verbot von politischen Veranstaltungen im Rathaus kann nur die Ultima Ratio sein, denn es behindert die demokratische Arbeit vor Ort. Die Wirkung des bestehenden Verbotes in Friedrichshain-Kreuzberg wollen wir gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien auswerten und überprüfen. Antifaschistisches Engagement braucht repressionsfreie Räume. Wir machen uns für den Erhalt dieser Räume im Bezirk stark.

Zu einem Bezirk der Vielfalt gehört eine weltoffene, diskriminierungsfreie Verwaltung. Damit das gelingt, muss das Bezirksamt im Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen und Projekten ein Leitbild erarbeiten und umsetzen.

In der Bezirksverordnetenversammlung gilt für uns weiterhin: Es darf keinerlei Kooperation mit neonazistischen und rechtspopulistischen Parteien geben.

Nachhaltige Wirtschaft und stadtverträglicher Tourismus

Wirtschaftspolitik ist für uns Sozialdemokrat*innen kein Selbstzweck. Wir glauben, dass die Förderung von lokal verankertem Gewerbe zur Lebensqualität unseres Bezirks beiträgt. Wir sind davon überzeugt, dass sich eine nachhaltige Wirtschaftspolitik auszahlt und versuchen nicht, auf Kosten von Umwelt und Menschen kurzfristig Profite zu erhöhen. Vor allem richten wir unsere Politik danach aus, so viele Menschen wie möglich in gute Arbeit zu bringen.

Der Erfolg dieses Ansatzes spricht für sich: in den vergangenen zehn Jahren hat sich die Anzahl an Unternehmen in Friedrichshain-Kreuzberg stark erhöht, das Wachstum liegt deutlich über dem Berliner Durchschnitt. Wichtig vor allem, dieser Erfolg hat sich auf dem Arbeitsmarkt ausgezahlt: mehr als 40.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vor allem im Dienstleistungsbereich wurden geschaffen und noch nie seit der Fusion von Friedrichshain und Kreuzberg im Jahre 2001 war die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen niedriger als heute.

Verantwortung heißt für uns, auf diesem Erfolg aufzubauen, denn trotz allem sind in unserem Bezirk noch immer viel zu viele Menschen ohne Arbeit. Dazu werden wir besonders kleine und mittlere Unternehmen unterstützen, die Verdrängung von Kiezwirtschaft verhindern, sicherstellen dass alle am wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben können und vor allem im Tourismus nachhaltigeres Wirtschaften durchsetzen.

Das haben wir erreicht:

- ✓ Mehr als 40.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in unserem Bezirk seit die SPD die Wirtschaftsförderung übernommen hat.
- ✓ Wachstum über dem Berliner Durchschnitt.
- ✓ Weniger Arbeitslose als jemals zuvor seit der Fusion von Friedrichshain und Kreuzberg.

Das haben wir vor:

- ✗ Gewerbeflächen vor allem für lokales und kleinteiliges Gewerbe sichern, das in unseren Bezirk passt. Verdrängung verhindern.
- ✗ Den gestiegenen Bedarf an Fachkräften für die Förderung von sozialem Aufstieg nutzen.
- ✗ Selbstständigkeit und Unternehmensgründungen unterstützen, Diskriminierung abbauen, Standards sichern.
- ✗ Nachhaltigen Tourismus organisieren und gastronomische Monokulturen verhindern.

Helfen, damit gute Arbeit entsteht: kleine und mittlere Unternehmen stärken

In den vergangenen Jahren haben auch größere Unternehmen viele Arbeitsplätze im Bezirk geschaffen. Trotzdem sind es die kleinen und mittleren Unternehmen, die nach wie vor das Rückgrat der Wirtschaft im Bezirk bleiben. Sie machen unseren Bezirk für kreative Menschen attraktiv und bewähren sich mit modernen Produkten und Dienstleistungen auf dem Weltmarkt. Dass unser Bezirk in der Kreativwirtschaft mittlerweile international für Innovation steht, freut uns. Noch mehr freut uns aber, dass so Ausbildungs- und Arbeitsplätze hier in Friedrichshain-Kreuzberg entstehen.

Dieser Erfolg ist kein Zufall: gerade kleine und mittlere Unternehmen profitieren von Betreuung und individueller Förderung. Die seit mehr als zehn Jahren von der SPD verantwortete Wirtschaftsförderung hat so einen großen Anteil an der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung des Bezirks. Dazu gehören Unternehmensbesuche und regelmäßige Unternehmenstreffen, aber auch die enge Kooperation mit Partner*innen wie den Akteur*innen im Bezirklichen Bündnis für Wirtschaft und Arbeit, dem Friedrichshain-Kreuzberger Unternehmerverein und dem Unternehmensservice von Berlin-Partner.

Unser Ziel ist klar: wir unterstützen kleinteiliges Gewerbe, Handwerksbetriebe und die Kreativwirtschaft, damit sie weiter Arbeitsplätze schaffen können.

Platz für Kiezwgewerbe: Gewerbeflächen sichern, Verdrängung verhindern

Die Schaffung von Arbeit durch Existenzgründungen, Neuansiedlungen und Unternehmenserweiterungen scheidet viel zu oft an der mangelnden Verfügbarkeit von Gewerbeflächen. Wir setzen uns deshalb für die Ausweisung von Erhaltungssatzungsgebieten ein, in denen die Umwandlung von Gewerbe in Wohnen genehmigungspflichtig ist.

Wir werden einen Gewerberaumentwicklungsplan als Grundlage der Sicherung und Entwicklung von Gewerbeflächen auflegen. Begleitend ist dies durch die Aufstellung entsprechender Bebauungspläne abzusichern.

Areale, die wir für die Gewerbenutzung sicher wollen, sind beispielsweise die Flächen der Deutschen Bahn AG am Markgrafendamm oder das RAW-Gelände. Konflikte mit der Freizeit- oder Clubnutzung werden wir vermeiden.

Klar muss sein: dort, wo wir uns für Wirtschaftsbetriebe einsetzen, muss Gewerbe den Menschen im Bezirk nutzen. Vor der Neuansiedlung ist unser Ziel deshalb vor allem, die Verdrängung von bestehendem Kiezwgewerbe zu verhindern. Für uns gibt es keine Alternative zu einer Wirtschaftspolitik, die den Kiez erhält. Deshalb haben wir uns z.B. bei der Vergabe des Bechstein-Hauses am Moritzplatz (Aufbau-Haus) oder der Eisenbahn-Markthalle dabei durchgesetzt, dass im Vergabeverfahren die Qualität des Konzepts mehr zählt als der Verkaufspreis. Das haben wir auch bei der Vergabe der Grundstücke in der südlichen Friedrichsstadt erreicht. Die SPD wird sich auch weiterhin für eine solche nachhaltige Liegenschaftspolitik des Landes einsetzen.

Bei unserem Bestreben die lokale Wirtschaft zu schützen und zu stärken, haben wir in der Europäischen Union (EU) eine starke Partnerin: bei der Akquisition von EU-Mitteln zur Förderung der lokalen Wirtschaft nimmt Friedrichshain-Kreuzberg durch unsere Arbeit einen Spitzenplatz unter den Bezirken ein. Wir sind erfolgreich darin, EU-Projekte und Fördermittel für den Bezirk zu gewinnen und werden weiterhin dafür sorgen, dass gute Ideen und sinnvolle Projekte hier im Bezirk stark gefördert werden.

Den sozialen Aufstieg ermöglichen: breiteren Zugang zu Fachausbildungen herstellen

Innovative Unternehmen sind auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Durch den demographischen Wandel steigt die Nachfrage nach gut ausgebildeten Mitarbeiter*innen. Dieser Nachwuchsmangel wird im Handwerk, im Handel, in der Gesundheitswirtschaft und bei sozialen Berufen besonders deutlich. Wir setzen uns dafür ein, das Interesse vor allem junger Menschen an solchen Berufen oder an dualer Ausbildung möglichst früh zu fördern.

Wir sehen den Fachkräftemangel als klaren Auftrag, Menschen in gute Arbeit zu bringen, die bisher oft keine faire Chance bekommen haben. Beispielsweise werden wir bei Zuwander*innen und geflüchtete Menschen gezielt für die duale Ausbildung werben, weil es diese in vielen ihrer Herkunftsländer nicht gibt. Jugendliche gerade aus schwierigen sozialen Verhältnissen werden wir schon während der Schulzeit bei der Entwicklung ihrer beruflichen Perspektiven unterstützen.

→ Mehr dazu finden Sie im Kapitel "Schule".

Gute Ideen statt Diskriminierung: berufliche Selbstständigkeit unterstützen

Auch die Selbstständigkeit kann eine sinnvolle berufliche Perspektive sein, wenn sie gut durchdacht und klug begleitet ist. Berlin ist eine Stadt der Unternehmensgründungen und auch in unserem Bezirk machen sich immer mehr Menschen beruflich selbstständig. Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg hat bereits früh begonnen, sich z.B. für Menschen einzusetzen, die sich durch die Verwirklichung ihrer Geschäftsidee von der Arbeitslosigkeit befreien wollen. Wir unterstützen dazu die Gründung von Netzwerken, die sich für eine Zertifizierung von Berater*innen einsetzen

und Selbständigkeit fördern, wie z.B. das Lokale Netzwerk Existenzgründung. Wichtig ist uns dabei vor allem, dass Selbstständigkeit weder zu Ausbeutung noch zu Selbstausbeutung führt. Netzwerke können helfen, eine nachhaltige Perspektive zu entwickeln.

Diese Chance muss allen in unserem Bezirk offen stehen, die sie nutzen wollen. Wir lassen es nicht zu, dass gute Ideen an der sozialen oder kulturellen Herkunft von Gründer*innen scheitern. Wir haben deshalb durchgesetzt, dass Unternehmensgründer*innen gerade unter diesem Gesichtspunkt besondere Unterstützungen erhalten und Gründungen gründlich vorbereitet werden können. Der Weg in eine gut durchdachte und sinnvolle Selbstständigkeit kann so auch eine Chance zu Selbstverwirklichung und Integration sein.

Qualität statt rücksichtsloser Tourismus: stadterträglichen Tourismus fördern

Zu einer verantwortlichen Wirtschaftspolitik gehört es auch, Fehlentwicklungen klar zu benennen. Nicht alles was Geld bringt, ist automatisch wünschenswert und nachhaltig. Deshalb wollen wir den Tourismus in unserem Bezirk stärken, ihn aber vor allem so neu aufstellen, dass er dauerhaft im gemeinsamen Interesse von Gästen und Bewohner*innen ist.

Tourist*innen aus dem In- und Ausland bringen Kaufkraft in den Bezirk und tragen zur Sicherung der Existenz vieler kleinerer Unternehmen z.B. im Bergmannkiez, Graefekiez, Oranienstraße, Simon-Dach-Kiez und der Neuen Bahnhofstraße bei. Auch kulturelle Einrichtungen wie das Jüdische Museum, der Checkpoint Charlie, das Ballhaus Naunynstraße und unsere weltweit bekannten Clubs ziehen Besucher*innen an. Die kulturelle Vielfalt unseres Bezirks ist ein Anziehungspunkt für Tourist*innen, unser gelebtes Miteinander in gewachsenen Kiezen ein Standortvorteil. Tourismus und lebendige Kieze dürfen deshalb kein Widerspruch sein. Wir wollen anspruchsvollen Tourismus fördern, um beides zu verbinden.

Dazu braucht es aber klare Konzepte, denn der momentan ungesteuerte Tourismus ist eine schwere Belastung für unseren Bezirk: die flächendeckende Orientierung des Gewerbes auf touristische Bedürfnisse droht ganze Kieze nachhaltig zu verändern und Monostrukturen zu Gunsten von Gastgewerbe und Handel entstehen zu lassen. Verdrängt werden oftmals alteingesessene Betriebe, die einen wichtigen Beitrag für wohnortnahe Versorgung leisten und unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Struktur ihres Kiezes sind. Anwohner*innen vor allem in besonders beliebten Straßen beklagen nächtlichen Lärm, Vermüllung und Kriminalität in den Abend- und Nachtstunden. Wir wollen deshalb die strikte Anwendung bau- und planungsrechtlicher Instrumente, um die Entwicklung kiezerstörender wirtschaftlicher Monostrukturen verhindern zu können, z.B. durch Einsatz des § 15 Baunutzungsverordnung in Wohngebieten.

§ 15 Baunutzungsverordnung (BauNVO). Das Gebot der Rücksichtnahme

Dieser Artikel erlaubt es, über den Bebauungsplan Einfluss auf die Nutzung z.B. von Gewerberman zu nehmen. Vorhaben die normalerweise zulässig wären, können so unterbunden werden, wenn sie der Eigenart des Baugebiets widersprechen oder wenn von ihnen Belästigungen oder Störungen ausgehen können.

Gerade in touristischen Hot Spots geraten wirtschaftliche Interessen des Gewerbes mit Anwohner*inneninteressen in Konflikt. Wir setzen uns für ein institutionalisiertes Konfliktmanagement ein, um gemeinsame Lösungen zu finden, auch überzeugende Maßnahmen der Verhaltensbeeinflussung von Besucher*innen unterstützen wir. Am Ende muss aber klar sein: die Interessen der Menschen in Friedrichshain-Kreuzberg gehen vor. Was zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führt oder die Lebensqualität zerstört, werden wir nicht dulden. Wir fordern deshalb unter anderem die Anwendung des Lärmschutzes z.B. bei der Gewährung des nächtlichen Außenausschanks, wenn unzumutbare nächtliche Lärmemissionen nicht auf andere Weise verhindert werden können.

Das Land Berlin hat erhebliche Einnahmen aus dem Berliner Tourismus. Dazu gehören zum Beispiel die Einnahmen aus der Übernachtungssteuer (City-Tax). Wir fordern, dass diese zu 50 Prozent an die Bezirke weitergegeben werden. Dazu soll ein Verteilungsschlüssel nach Übernachtungen und der Anzahl der gastronomischen Betriebe verwendet werden. Mit diesen Einnahmen wollen wir vor allem an den Orten, die durch den

Tourismus besonders stark belastet werden, für mehr Sauberkeit und Ordnung sorgen. Die bezirkliche Wirtschaftsförderung wurde bei ihren Aktivitäten zur Entwicklung eines stadtverträglicheren Tourismus bisher unzureichend von der Senatswirtschaftsverwaltung unterstützt. Wir fordern, dass der Berliner Senat die Senatswirtschaftsverwaltung und die Berliner Tourismus Marketing GmbH beauftragt, sich im Sinne eines stadtverträglicheren Tourismus mit den Auswirkungen des nächtlichen Massentourismus in den Trend-Bezirken auseinander zu setzen. Wir müssen neue Maßnahmen entwickeln und finanzieren, um negative Folgen des Tourismus besser zu bekämpfen und die Menschen wirkungsvoller zu schützen.

Wir sind gegen die Durchfahrt, das Halten und Parken von Fernbussen und Reisebussen auf Nebenstraßen im Kreis Friedrichshain-Kreuzberg.